





zusammen in Warschau und Lodz die Bewegung gerade dort die allergrößten Fortschritte. So gehen wir im Kohlenbecken der Zukunft gekämpft entgegen. Die Erregungsaften der „Rein Tage“ kann uns keiner entziehen. Die Revolution lebt und sie wird siegen!

Welchen gewaltigen Schritt vorwärts das Russenreich in diesen Tagen getan hat, erleben wir heute aus dem Lauschaengebiet eines russischen sozialdemokratischen Blattes. Das betreffende Organ ersucht um regelmäßige Zusendung der Dresdener „Volkswacht“, die fortan ungehindert und zensurfrei ihren Weg nach Rußland nehmen wird. Was hat ein Jahr Revolution in Rußland alles umgestürzt!

### Politische Uebersicht.

#### Immer wieder die Straßendemonstrationen.

Die revolutionäre Gärung in Rußland, die den Zusammenbruch des Hauses Romanow nur noch als eine Frage der Zeit erscheinen läßt, beunruhigt, wie die nervöse Gerechtigkeit der offiziellen Blätter beweist, unsere „Regierenden“ nicht wenig. Nach außen suchen sie allerdings den Schein aufrecht zu erhalten, als wenn die russische Revolution und die durch diese geförderte österreichische Wahlrechtsbewegung sie nicht im mindesten alteriere, da des Deutschen Reiches Herrlichkeit allzu sicher fundiert sei, als daß es durch ähnliche Stürme erschüttert werden könnte. Doch wie gering auch immer ihre historischen Einsichten in die sozialen Zusammenhänge sein mögen, so oberflächlich sind sie doch nicht, daß die Leiter der deutschen Politik vermeinen könnten, die neue Gestaltung der Dinge in Rußland werde ohne Einfluß auf die deutsche Arbeiterbewegung bleiben. Nicht interessant ist in dieser Hinsicht eine Aeußerung der „Nordb. Allgem. Ztg.“. Das offiziöse Organ schreibt:

Der Beschluß des sozialdemokratischen Parteivorstandes, dem Antrag der Breslauer Sozialdemokraten, nach welchem Streik- und Gebirgsarbeiten gegen das preussische Dreiklassenwahlrecht verweigert werden sollten, nicht beizutreten, ist natürlich lediglich aus der nüchternen Erwägung geboren, daß Preußen und das Deutsche Reich für die Anwendung von Mitteln, wie sie in Rußland und Oesterreich probiert worden sind, noch nicht reif genug sind. Aber: aufschauen, gibt die Parteileitung zu verstehen, ist noch nicht aufgehoben. Inzwischen, denkt sie, genügt auch schon eine kleine Abstrichzahlung, bestehend in der Erklärung, der Parteivorstand erachte den Zeitpunkt für gekommen, in eine energische Agitation für die Erlangung des allgemeinen Landtagswahlrechts einzutreten, und werde deswegen mit den vom preussischen Parteitag bezeichneten Körperschaften in Verbindung treten. Ob etwas, und was aus diesen Erwägungen herauskommt, ist aber klar, daß die leitenden Kreise in der Sozialdemokratie mit aller Macht eine leidenschaftliche Agitation zu entfachen suchen, deren Endziel, wie sie sich selber betruht, sein müssen, auf friedlichem Wege nicht erreicht werden kann. Immer wieder kommt in der sozialdemokratischen Presse das Gefühl oder der Gedanke zum Ausdruck, daß die revolutionäre Bewegung in Rußland unausbleiblich eine Nachwirkung auch in Deutschland ausüben müsse, und daß die Zeit für Massen demonstrationen, wenn sie auch jetzt noch nicht gekommen sei, doch nicht mehr lange auf sich warten lassen werde. Diese durch die russische Revolution in den Köpfen der deutschen Sozialdemokraten genährte Zuversicht ist unverkennbar ein Memento, das jeder schon den inneren Frieden gefährdet, indem es der Agitation gegen das bestehende Verfassungsrecht eine neue Schärfe verleiht und die Sprache der sozialdemokratischen Demagogie zu einer Leidenschaft steigert, die unter Umständen recht bedenkliche Folgen zeitigen könnte. Wenn z. B. der „Vorwärts“ erklärt, daß die durch die Versagung der Reform des preussischen Landtagswahlrechts geschaffene Lage nach der Gewährung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts in Rußland, Oesterreich und Ungarn schlechter als unerbittlich sein werde, oder wenn die „Tribüne“ nochmals ausruft: „Nun sind wir an der Reihe“ und versichert, daß nun, da in Rußland und Oesterreich allgemeines Wahlrecht eingeführt werde, auch wir in Preußen alle die Schmach, durch ein Geldwahl-Dreiklassenwahlrecht“ unterdrückt zu sein, nicht mehr lange gefallen lassen“, so können solche Aeußerungen nur zu leicht eine überreizte Stimmung in den Massen und eine grundverfälschte Auffassung von der Macht und den Aussichten der sozialdemokratischen Bewegung erzeugen. Um so

mehr ist angebracht, solcher bedenklichen Erörterungen ein geschlossenes Zusammenhalten aller bürgerlichen Elemente erforderlich. Damit der Reiter der Sozialdemokratie, deren Uebermut sonst ohne Grenzen wäre, zu Gemüthe gefahrt wird, daß ihre Rhume noch lange nicht in den Himmel wachsen.“

Zu dieser Auslassung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ bemerkt der „Vorwärts“: „Das offiziöse Blatt hat ganz richtig aus dem Beschluß des Vorstandes der sozialdemokratischen Partei herausgesehen, daß diese keineswegs für alle Zukunft auf Straßendemonstrationen verzichten werden. Es beweist damit immerhin ein besseres Verständnis als einige nationalliberale und konservative Blätter. Aufgeschoben ist faktisch nicht aufgehoben. Unter Umständen hat auch eine bilatorische Politik ihre Berechtigung und ihre Vorteile, zumal in Zeiten, wie die jetzigen, wo die Regierung im Dienst gewisser Gruppen sich bereit zeigt, nicht nur ihre erfolgsgekrönte, immer neue Geld- und Menschenopfer fordernde Kolonialpolitik noch weiter auszuweihen, sondern zugleich eine gewaltige Kampfkraft zu schaffen und zum Zweck der Erreichung dieses hehren Zieles neue Hunderte von Millionen Mark aus der ausgebeuteten, unter einer durch Zoll und Grenzsperrn künstlich aufrecht erhaltenen Lebensmittelfeuerung ächzenden Volksmasse herauszupressen. Wo die Regierung ohne Rücksicht auf das am östlichen Horizont in Flammenschrift auftauchende Menetekel eine derartige die Volksmasse provozierende Klassenpolitik treibt, eine die Volkseidenschaft aufs äußerste aufschauende Agitation gegen sich selbst, da wäre es eine Torheit, wollten wir ihre schönen Ziele und ihre Selbstbildschreibung vorzüglich hören.“ Inzwischen hat ja auch die Straßendemonstration in Leipzig, Regau und Großsch dem amtlichen Organ gezeigt, wohin die Reise geht.

**Schönstedts Rücktritt.** Der „Reichsanzeiger“ vom Dienstag Abend bringt endlich die amtliche Meldung von dem Rücktritt des Justizministers Schönstedt und von der Ernennung Dr. Weselers zu seinem Nachfolger und zwar in folgender Form:

Seine Majestät der König haben Allergnädigst geruht: dem Staats- und Justizminister Fr. Schönstedt die nachgezeichnete Entlassung aus seinem Amte unter Verlassung des Titels und Namens eines Staatsministers zu ertheilen und den Oesterreichsgerichtspräsidenten Dr. Weseler zu Breslau zum Staats- und Justizminister zu ernennen.

Der jetzt zurückgetretene Justizminister Schönstedt wurde im November 1894, nachdem der damalige Oberreichsanwalt Tesendorf und der Reichsbankpräsident Koch abgelehnt hatten, nach Berlin ins Justizministerium als 61jähriger berufen. Auf seine ministerielle Laufbahn kommen wir morgen kurz zurück.

Gleichzeitig mit der obigen Ernennung veröffentlicht der „Staatsanzeiger“ folgende Veränderungen:

Der landesgerichtspräsident Bierhaus-Kiel wurde gleicher Ehrenkraft unter Verlassung des Charakters als Wirklicher Geh. Oberjustizrat mit dem Range der Räte 1. Klasse an das Oberlandesgericht Posen versetzt. Reichsgerichtsrat Spahn wurde zum Präsidenten des Oberlandesgerichts in Kiel ernannt.

Spahn, der Jylahermann aus dem Zentrum, der Militär-, Flotten- und Postvorlage in den Häfen bugliert, avanziert! Das verbürgt den kommenden Zentrumssturz!

**Bülow und die Agrarier sind einig.** Der Reichskanzler empfing am 20. d. Mts. den Vorstand des deutschen Landwirtschaftsrates, Präsidenten Grafen Schweinböwig.

Dieser überreichte dem Reichskanzler mit einer Ansprache eine Denkschrift über die Fleischverwertung, in welcher er dem Reichskanzler für dessen Entschiedenheit dankte, mit der er der Agitation für eine Abschaffung des veterinären Schutzes begegnet sei. Mit dem Schutz der Viehproduktion sei auch dem Interesse der städtischen Bevölkerung gedient, denn um die Gefahr wirklicher Fleischnot fernzuhalten, müssen die Produzenten davor geschützt werden, daß eine vorübergehende Preissteigerung die Gefahr einer Einschleppung von Seuchen herbeiführe. Der Reichskanzler erwiderte, er habe es stets als eine der wichtigsten Aufgaben betrachtet, für das Wohlergehen der Landwirtschaft und besonders der

Viehwirtschaft Sorge zu tragen. Die Erhaltung der inländischen Viehproduktion sei ein vitales Interesse des Reiches. Der Viehbestand werde mit 8 Milliarden einen bedeutenden Bestandteil des Nationalvermögens. Ungezählte kleine Betriebe sind von der Viehwirtschaft abhängig. Ferner sei noch nicht genügend berücksichtigt, daß auch im Auslande ein stetiges Steigen der Fleischpreise stattfinden würde, die Wohlthat der Deckung unseres Fleischbedarfes durch die vermehrte Einfuhr immer gewichtiger wird. Er hoffe, die Denkschrift enthalte wertvolles Material, und er werde die Anregungen erwägen.

Die „Landwirtschaft“, d. h. die Großgrundbesitzer aller Zeit voran. So „gnädig“ und entgegenkommend ist Bülow den Bürgermeistern der Großstädte nicht entgegengekommen und die Arbeiter — deren Kompottschüssel ist bekanntlich voll. Nur die Landwirtschaft leidet Not!

**Die Demonstration in Sachsen,** von der wir bereits mehrfach berichteten, hat einen gewaltigen Umfang angenommen. Am 11. Oktober erließ das Zentralkomitee seinen Aufruf, und für den 19., 20. und 21. Oktober waren in ganz Sachsen etwa 130 Wahlrechtsversammlungen angesetzt, davon im Dresdener Agitationsbezirk etwa 40, im Chemnitzer 42. Bis in die entferntesten Winkel der Lausitz, des Vogtlandes und des Erzgebirges war mobil gemacht. In allen Versammlungen wurde eine Resolution angenommen, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt. Es heißt darin:

„Die Versammlung fordert im Namen aller sächsischen berechtigten Dreiklassenwähler unter allen Umständen die Durchführung einer Wahlreform noch in diesem Landtage. Und zwar fordert das sächsische Volk in seiner überwiegenden Mehrheit die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts unter Anwendung des Proportionalsystems. ... Die Verschleppung der Wahlreform muß vom Volke als ein neuer Schlag gegen seine wichtigsten Lebensinteressen empfunden werden. Trät man sich nicht dem Verlangen nach Wahlreform Rechnung, dann wird das Volk andere Maßnahmen auch in Sachsen ergreifen müssen, um sich Gehör zu verschaffen.“

Auf die gewaltigen Kundgebungen wird sich Genosse Goldstein berufen können, wenn er die Wahlrechtsinterpellation im Landtage begründet. Bleibt das nicht — dann hat Leipzig ja die Wege geebnet.

Die königliche „Leipziger Zeitung“ schätzt die Zahl der Teilnehmer an der Straßendemonstration in Leipzig auf 30,000. In Mittweida hielt Genosse Eduard Bernstein, der vom Eisenacher Wahlkampfe zurückkehrte, die Rede gegen die sächsische Wahlrechtsetzung und fand lebhaften Beifall.

#### In allen Farben schillert der Klerikalismus.

Wenn das Zentrum heute in Deutschland Trumpf ist und von oben herab verhätschelt wird, so geschieht es nicht zum mindesten, weil sich die Klerikalen als die treuesten Säulen der Monarchie erbeuten und von Loyalität dem Thron gegenüber überfließen. Indessen sie können auch anders. Ihr wahres Herz offenbaren die Ultramontanen in einem Artikel des päpstlich-offiziösen „Osservatore Romano“, in dem es heißt:

„Der Katholizismus, Religion aller Zeiten, bindet sich nicht mit unauflösblichen Fäden an ein vorübergehendes politisches oder lebendiges System. Und wenn die Demokratie sich in allen Ländern lebendig zeigt, so bekämpft sie der Katholizismus nicht. Er verlangt nur, mit ihr zusammen arbeiten zu dürfen, und zwar unter einer einzigen Bedingung, daß die Rechte Gottes und der Seele (die bekanntlich die Kirche allein in Kommission hat) gewahrt bleiben. Die Demokratie kann lang darum neue Länder erobern, sie kann Regierungssysteme in Berlin oder in Petersburg werden, der Katholizismus wird ihren Lauf nicht hindern, und die Katholiken der ganzen Welt haben sich bereits langsam daran gewöhnt, mit dem neuen Machtfaktor zu unterhandeln und in ihm nicht notwendigerweise einen Feind zu erblicken.“

Diese Sorte würde sich auch mit dem sozialdemokratischen Zukunftsstaat auszusöhnen versuchen.

#### Bremen, das ist was anderes! Die freimütig-volksparteiliche „Vossische Zeitung“, die programmgemäß für

## Stefan vom Grillenhof.

Roman von W. Kautsky.

45. (Nachdruck verboten.)  
„Ich sehe.“ sagte er. „Sie wollen in mir abhaken nur den Baron sehen, obwohl ich Ihnen wie ein guter Kamerad entgegengekommen bin. Auch heute kam ich nicht des Professors wegen, sondern Ihre Bewegungen; ich habe soviel von Ihnen gehört, ich wollte Sie und Ihre Bestrebungen näher kennen lernen, da ich mich dafür zu interessieren begann, aber ich bin weit entfernt, Ihnen dies Interesse aufzulegen zu wollen.“ Hans griff nach seinem Güte, den er vorher auf einen Stuhl gelegt hatte. Das eben Gesagte war ohne Bitterkeit gesprochen, es lag eine edle Offenheit darin, und in dem Tone offenbarte sich etwas, fast wie eine Traurigkeit und Bedauern.  
Stefan war sichtlich über das, ja bestürzt. Verzeihen Sie, kam es unwillkürlich und wie im Ebrung über seine Lippen, und nach einer Pause fügte er hinzu: „Ich wollte Sie nicht verletzen.“  
„Ich glaube es Ihnen,“ erwiderte Hans laut, „aber Sie misstrauen mir.“  
„Ich kann es nicht leugnen,“ sagte Stefan gerade heraus, „und ich frage mich, welches Interesse kann ein Baron und Offizier an den Bestrebungen eines arbeitsamen Menschen nehmen, der in seiner sozialen Stellung tief unter ihm steht; der nichts ist, nichts geleistet hat, und bei dem es zweifelhaft ist, ob er jemals etwas leisten wird.“  
„Es ist unfeindlich, was Sie mir da sagen, aber es mag nicht unbedeutend sein. Unseren Kreisen fehlt das Verständnis für die Bestrebungen aller, die sich emporingen wollen zu höherer sozialer Stellung und Anerkennung, zu gleicher Freiheit, wie sie die privilegierten Stände seit lange genießen, welche ihrerseits den Nivellierungsgedanken, das Prinzip der gleichen Rechte, für einen Wahnsinn erklären. Ich denke anders. Ich finde, daß der Drang nach Freiheit und Gerechtigkeit mit dem Menschen geboren wird und sich äußern muß, sobald dieser zum Bewußtsein seiner selbst gekommen ist; aber ich weiß auch, daß man eine bevorzugte, kräftige Natur sein muß, um den Kampf zu wagen gegen die bestehenden Sitten und das bestehende Vorurteil der Gesellschaft, und ich weiß, daß wer dies wagt, von seiner eigenen Familie verkannt und angefeindet wird, und daß er keine Unterstützung von diesen zu erwarten hat, und kein Mitleid, wenn er in dem Kampfe zu Grunde geht; denn der Verfechter einer neuen Idee steht isoliert, das Alte kann sich ihm nicht anschließen, und so wird er häufig von dem Vater selbst als ein Verbrecher gebrandmarkt.“  
Stefan blickte auf. Jedes dieser Worte sprach zu seinem

Gefühl, und in einer Regung von wirklicher Sympathie streckte er dem Baron die Hand entgegen. Dieser ergriff sie und drückte sie mit Wärme. „Wie kommt es aber,“ fragte Stefan, daß Sie diese Bestrebungen verstehen und sie so günstig beurteilen?“  
„Vielleicht deshalb, weil...“ Hans stockte — „weil ich sie teile,“ fügte er schüchtern hinzu.  
„Sie, Herr Baron?“  
„Das wundert Sie; aber die Anhänger dieser edlen Prinzipien, dieser erhabenen Weltanschauung, möchte ich sagen, sie sind doch nicht allein unter den Arbeitern zu suchen. Individuen aller Stände werden sich ihnen anschließen und für sie streiten; alle, die ein tiefes Rechtsgefühl haben und an ein Fortschreiten der Menschheit glauben, besonders aber die, welche durch alte Gebräuche und Vorurteile in ihrem innersten Wesen gekränkt und unglücklich gemacht werden. Denn ihrer sind unzählige und nach allen Richtungen hin, denn es gibt nicht nur einen kirchlichen und staatlichen, es gibt auch einen Despotismus der Familie, und — er stockte abermals — „Sie sehen in mir ein Opfer dieses Despotismus.“ Ich habe den Mut, mich dagegen aufzulehnen, ich lasse über mich und meine Neigungen verfügen, und wenn ich elend werde, so werde ich es verdient haben; aber mein ganzes Herz fliegt dem zu, der, um sich selbst genug zu tun, um unabhängig, um frei zu sein, mit allem zu brechen wagt, alles herausfordert, selbst die Sorge um das tägliche Brot. Ich bewundere diesen Mut, vielleicht um so mehr, da er mir fehlt.“  
Stefan schüttelte den Kopf. „Das glaube ich nicht, Herr Baron, Ihnen fehlt nur das Treibende, Drängende, ein Erregender Faktor, die Leidenschaft.“  
„Sie meinen die Liebe?“ fragte Hans rasch.  
Stefan wurde rot. „Es gibt noch andere Leidenschaften,“ bemerkte er ausweichend, „aber für Hans schien diese eine zu genügen.“  
„Vielleicht fände ich auch den Mut, zu streiten,“ sagte er, und auch über seine vollen Wangen flog ein lächles Rot, wenn ihm ein Ziel vor mir lähe, wenn meine Energie noch einem andern Wesen zugute kam, einem Weisen, das — das ich liebe —“  
„Und das Sie wie? —“ lief Stefan hitzig ein.  
„Freilich, ja! — Eben das könnte mich ermutigen und erheben, aber — das ist nicht der Fall.“  
„Nicht?“ fragte Stefan, fast unfähig, seine Bewegung zu verbergen. „Man liebt Sie nicht?“  
„Ja, glaube nicht,“ sagte Hans einfach, „ich habe wenigstens keine Beweise dafür, auch nicht die geringsten.“  
Stefan hatte laut aufjubeln mögen, aber er bezwang sich und drückte dem Baron nur abermals, diesmal mit ungleich größerer Wärme, die Hand.

Dieser nahm dies für eine Kundgebung innigen Mitleids. „Wir wollen Freunde sein,“ sagte er mit seinem herablässigen, ehrlichen Ton, „ich bitte Sie darum.“  
„Von ganzem Herzen,“ erwiderte Stefan, und er fiel dem neuen Freunde um den Hals. Aller Groll war geschwunden, das vollste Vertrauen entstanden und etwas wie Mitleid. „Sie liebt ihn also nicht,“ dachte er. „Armer Hans!“  
Sie besprachen hierauf ihr neues Verhältnis und wie häufig sie in der Folge miteinander verkehren wollten. Stefan führte die Möglichkeit aus, daß er offener werde. Hans bemerkte, daß sie in einem und demselben Regimente dienen würden, da hier der Werbebezirk für das Regiment sei, bei dem es sich befände.  
„Es kostet mich dann nur ein Wort,“ fügte er fröhlich hinzu, „und Sie kommen auch in dieselbe Kompanie. Sie dürfen dann sicher sein, daß Sie, von mir wenigstens, nicht allzusehr malträtirt werden.“ Beide lachten, aber Stefan meinte, daß er selbst auf diese Begünstigung sehr gern verzichten möchte.  
Auch von seinem Jugendfreunde Franz erzählte Stefan, und Hans äußerte hierauf den Wunsch, ihn kennen zu lernen. „Professor Wilt hat mir schon von seinem Talent erzählt,“ versetzte er, „er hat mir gesagt, er hätte manches Gedicht von ihm gelesen, das fast tadellos in der Form war und in so feurig-schwungvoller Weise einen Gedanken zum Ausdruck brachte, daß man es mit der besten Erzeugnisse der modernsten Literatur vergleichen könnte. Nun, Stefan, ich möchte den Worten sehen und sprechen, und ich hoffe, Ihr Freund wird auch der meine werden.“  
„Ich wünschte es lebhaft,“ sagte Stefan, „und Franz verdient es auch. Aber um Sie mit ihm bekannt zu machen, wäre heute die beste Gelegenheit. Es ist Sonntag, da ist er frei, und da ich Nachmittags ohnehin in der Stadt zu tun habe —“  
„Aber ich werde Nachmittags nicht abkommen können,“ erwiderte Hans, „wir erwarten zum Mittagessen Hauptmann Tesendorf und seine Familie, das Dinner wird sich etwas lange hinausziehen und hierauf ist ein gemeinschaftlicher Besuch des alten Schlosses Höhenwang in Aussicht genommen. Mein Vater hat die Absicht, die dortige Kapelle restaurieren zu lassen, wenn dies nicht mit allzugroßen Kosten verbunden ist, wie werden deshalb alles in Augenmerk nehmen; Sie begreifen, daß ich dabei nicht gut fehlen kann.“  
„Ich begreife das vollkommen,“ versetzte Stefan nicht ohne Bitterkeit, „aber dann gehen wir sogleich.“ Er sah auf die Uhr. „Es ist noch nicht zehn; wenn wir tüchtig ausschreiten und den näheren Weg an der Ruine vorüber nehmen, so können wir vor elf Uhr noch in Seetirchen sein, da treffen wir Franz gewiß.“



Das allgemeine und gleiche Wahlrecht zu wählen verpflichtet ist, wendet sich in einem Artikel über die bremischen Bürgerstimmwahlen mit bemerkenswerter Entschiedenheit gegen die Propaganda für das allgemeine, gleiche Wahlrecht, die die Sozialdemokraten Bremen betreiben und erklärt dieses allgemeine, gleiche Wahlrecht als für einen städtischen Kleinstaat unmöglich. — „Wo bleibt da die Theorie?“ fragt die „Kreuzzeitung“ sehr erfreut und belustigt und mit durchaus berechtigtem Spott. Ja, die Theorie bleibt, wo der Pfeffer wächst, und auch dort nur, wenn sie den Pfefferstängel nicht schadet.

**Sonntags-Interpellation.** Das Zentrum gedenkt die Mitbewerber Kirchenangelegenheiten in preussischen Abgeordnetenhäusern zur Sprache zu bringen, wie die „Allg. Volkzeitung“ angibt, aus rechtlichen Interessen — weil wahrscheinlicher ober, weil es auf eine Entscheidung rechnet, die geeignet ist, gewisse Berliner protestantische Klagen zu distanzieren. So leicht sich die Geschorenen und Geschicktesten zusammenfinden, wenn es gilt, der Volks die Religion zu erhalten, so ergreift doch jede Partei gern die Gelegenheit, den anderen Verderber Christo bloßzustellen. Das rheinische Blatt kündigt an: „Wir haben bereits die Notwendigkeit eines erneuten oder erweiterten Strafverfahrens betont, denn es kann doch unmöglich ununtersucht bleiben, wo die verschwindenden, für den Kirchenbau bestimmten 325,000 Mark geblieben sind. Sollte die Einleitung eines solchen Strafverfahrens unterbleiben, so müsste in der nächsten Session des Abgeordnetenhauses umbehalt der Justizminister darüber interpelliert werden. Es handelt sich hier nicht nur um finanzielle protestantisch-keithliche Interessen, sondern auch um eine Rechtsfrage von oberer Bedeutung, deren Erledigung niemand gleichgültig sein kann, der für irgend einen wohlthätigen Zweck spendet. Ansonsten darf die Meinung im Volke nicht aufkommen, daß unter Umständen eine so große Summe verschwinden kann ohne Ermittlung und eventuelle Abhandlung der Verantwortlichen.“

**Die Polizeiverwaltung der Krankenkasen.** Gegen die Verwaltung des Krankenhauses in Berlin eine äußerst zahlreiche Versammlung von Krankenkassenmitgliedern. In der Versammlung waren auf Einladung erschienen: Reichstagsabgeordneter Trimborn und Abgeordneter Dr. Fuchs als Vertreter der Aufsichtsbehörde. Was die Herren hören mußten, davon werden ihnen noch monatlang die Ohren klingen. Herr Trimborn erklärte man, daß man zu ihm kein Vertrauen habe, weil er in den Parlamenten seine Pflicht gegenüber den verzweifeltesten und von der Regierung an den ärztlichen Vereinen ausgelieferten Berliner Krankenkassen nicht getan habe. Im Reichstage habe er überhaupt das Wort nicht angenommen, und im Landtage sei der scharfmacherische Minister Müller den Köhler Klassen mehr gerecht geworden als er, der Sozialpolitiker, der das Vorhaben der Köhler Regierung für „formell und materiell berechtigt“ erklärt habe. Herr Trimborn stand eben auf seinen der Köhler Verste. Gätte er es mit diesen verstanden, so wären sie selbst in der Lage, an der Partei Trimborns Rechte zu üben. In der zweiten Wahlklasse wird entschieden, ob im Köhler Rathaus das Zentrum oder der „Liberalismus“ die Mehrheit hat; und in der dritten Klasse werden die Rechte ein ge. Seltig Wort, da sich die beiden Parteien bei der Stadtratswahl anderer Klasse in Berlin in ziemlich gleicher Stärke gegenüberstehen. Die Rechtsfrage wurde Trimborns fauler bei der Versammlung keinen Anlaß. Seine verlegene Rabulistik wurde mit Gelächter aufgenommen.

**Die Wahlreform in Bayern.** Die bayerische Kammer der Abgeordneten nahm in zweiter Beratung einstimmig den Antrag auf Einführung der absoluten Mehrheit bei den Wahlen an Stelle der relativen Mehrheit gegen die Stimmen der Liberalen, Sozialdemokraten und der freien Vereinigung abgelehnt worden war.

**Ein neues Seitengewehr.** Der Kaiser ordnete die Einführung eines Seitengewehrs besonderer Art für Infanterie, Kavallerie, Eisenbahn- und Telegraphentruppen an, und zwar für Infanterie und Telegraphentruppen ohne Säuger. Das Seitengewehr hat die Bezeichnung „S. G. 98/05“ erhalten.

**Der eingetragene Anstifter.** Reichstagsabgeordneter Redell, hinter dem ein Steckbrief erlassen worden war, weil er zum Termin einer Verleumdungsklage nicht erschien, ist bei seiner Rückkehr von England in Damburger Hafen verhaftet worden.

**Polizeilich aufgelöst** wurde eine am 20. d. Mts. abgehaltene Bäckerverammlung, bei der Füller vor einem überfüllten Saale über die Judenverfolgungen in Russland sprach. Als der Graf die Anwendung dieses Systems in Deutschland erläuterte und die Schmeidemeister aufforderte, die Judenverfolgungen zu erörtern, erklärte der überwachende Polizeileutnant die Versammlung für aufgelöst.

**Der Reichstagsabgeordnete Dr. Baasche** ist von seiner mehr als dreimonatigen Studienreise nach Afrika heimgekehrt. Die Kolonial- und Flottenfrage im Reichstage haben also ihren Vorgesprochen wieder.

**Neue Verluste.** Ein Telegramm aus Windhof meldet: Nachträglich gemeldet am 21. Dieser im Gefecht bei Pariebrestmünd gefallenen Unteroffizier Erich Schulze, Deutschh. Außerdem: Reiter Otto Förste am 15. November in Wasserfall am Typhus gestorben.

### Ausland.

**Schweiz und die Schweine.** Der in der Schweiz an die Regierung aufzufordern, die Durchfuhr russischer Schweine über österrheinisches Gebiet nach Deutschland unter keiner Bedingung zu gestatten. In dem Antrag wird darauf hingewiesen, daß die deutsche Regierung das für die Einfuhr aus Russland kontingentierte Quantum russischer Schweine um 300 Schweine pro Woche erhöhen wolle, und daß diese Einfuhr durch österrheinisches Gebiet erfolgen solle, womit eine große Gefährdung des heimischen Schweinebestandes verbunden sei.

**Die Gläubiger der Türkei** wollen Ernst machen. Von der beabsichtigten Flottendemonstration haben wir bereits berichtet. Das Wiener Korrespondenzbureau meldet aus Konstantinopel: Der deutsche Botschafter brühte am 19. d. Mts. den Minister des Äußeren in dessen Privatwohnung und empfahl, wie verlangt, im Namen des deutschen Kaisers abermals in dringender Weise Nachahmungsstellen gegenüber den Wünschen der Mächte, betreffend die macedonischen Reformen. Am Dienstag fand im Yıldızpalais ein partieller Ministerrat statt. Die oppositionelle Stimmung scheint nachzulassen. Eindruck macht auch die einmütige Haltung der europäischen Presse.

**Am Douvets Erbe.** Zur Präsidentschaftswahl in Frankreich beginnen die Parteien nach und nach mobil zu werden. Senator Clemenceau wirft in der „Aurore“ darauf hin, daß unter dem Vorwand des Wahls der Präsidentschaft eine bedauerliche Gefährdung der Verfassung herbeiführen zu wollen. Mit deutscher Anspielung auf den Kammerpräsidenten Tommer warnt Clemenceau vor einem „Boulangier in Zivil“ und schlägt vor, daß die Republikaner der Kammer und des Senats ohne Unterschied der Parteirichtung eine gemeinsame Versammlung abhalten und einen einzigen, wirklich republikanischen Kandidaten nachhaft machen sollten.

**Ein neues Marokko?** Wie man der „N. Fr. Pr.“ aus Paris telegraphiert, soll Deutschland im Besitz stehen, sich in Paris und Viont über einen angeblich in letzter Zeit stattgefundenen englisch-französischen Vertrag zu informieren, welcher England die finanzielle, Frankreich die politische Kontrolle über die Republik Libia sichern soll. Ein formeller Protest Deutschlands sei bisher noch nicht erfolgt.

**Der kleine Präfekt Libria** ist es noch zweimal weniger als gewöhnlich, daß die Präfektur in Libria liegt. Er soll mit solchen Konstanten die Präfektur seiner Stelle begeben werden. Sozialistische und Arbeitervereine. Die Gerichte über eine bevorstehende Parlamentsauflösung in England schienen immer leiser zu werden. Man glaubt allgemein, daß das parlamentarische System bald nach Libria abtreten wird, da seine Lebenskraft vollständig erschöpft ist. Die Arbeiter und die Sozialisten werden etwa 20000 Kandidaten aufstellen: Arbeiterpartei . . . . . 55 Kandidaten Sozialdemokratische Arbeiter . . . . . 10 Bergleute . . . . . 17 Andere proletarische Organisations . . . . . 10 Die Independent Labour Party ist hier nicht anerkennlich genannt, da sie mit der Arbeiterpartei zusammengeht.

**Demonstration von Arbeitlosen in London.** Scharen von Arbeitlosen zogen am 20. d. Mts. aus verschiedenen Teilen Londons nach dem Themseufer und von dort nach dem Hyde Park, wo eine Kundgebung veranstaltet wurde. Die Zahl der Teilnehmer betrug etwa 8000, noch größer war die Zahl der Zuschauer, die ihre Aufmerksamkeit zu erlernen gaben. Einige der Teilnehmer trugen Banner und rote Klagen, von denen eine die Aufschrift trug: „Wir wollen keine Almosen, sondern Arbeit.“ Ein großer Polizeikommando war zur Stelle. Die Arbeitlosenverammlung im Hyde Park verlief vollkommen ruhig. Es wurde eine Resolution angenommen, in der verlangt wird, daß eine neue Regierung vom Parlament die Inangriffnahme öffentlicher Arbeiten fordern und daß mit dem kapitalistischen System gebrochen werde.

### Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 20. November.

**Die Diskussionsabteilung des Sozialdemokratischen Vereins.** Die Donnerstag-Abteilung hat sich die Erörterung der politischen Zeit- und Streitfragen zur Aufgabe gestellt. In der ersten Sitzung wurde, anknüpfend an die von Genossen L. B. in der allgemeinen Versammlung gemachten Ausführungen, über die materialistische Geschichtsauffassung diskutiert. Die beiden letzten Abende waren dem politischen Massenstreifen gewidmet. Die Diskussion über diesen Punkt war sehr fruchtbringend, am letzten Abend durchwegs hochinteressant. Fast alle Teilnehmer ergriffen das Wort. Die Abteilung beginnt heute Abend mit der Erörterung des Themas: „Partei und Gewerkschaften“. Neue Teilnehmer können jederzeit eintreten, auch sind Vereinsmitglieder als Gäste stets willkommen.

**Der Verband der Buch- und Steinbinderei-Gesellschaften** hielt am Freitag im Cafe Restaurant eine öffentliche Versammlung ab, in der die Verhandlungsarbeiten, Frau Wanka Thiede über das Unterhaltungsprogramm des Verbandes sprach. Bei Gründung des Verbandes im Jahre 1898 sei ein auf den Grundgedanken der freien Gewerkschaften beruhendes Unterhaltungsprogramm aufgestellt worden, vor allem die Arbeitlosen-Unterstützung. Es hat sich indessen herausgestellt, daß in den Druckstädten Arbeitlosigkeit eigentlich nur selten vorhanden sei und es hat sich dabei in der Mitgliedschaft das Verlangen erhoben, einen Zuschuß in Krankheitsfällen zu gewähren, diesem Wünsche habe man Rechnung tragen müssen. Allerdings habe man bei Aufstellung der Unterstützungsliste Vorsicht walten lassen müssen, es sei auch statt des bisherigen einheitlichen Verbandsbeitrages eine Beitragsgabingung nach Abständen eingeführt worden. Es brauche für die Kollektanten keine besondere Klasse eingeführt zu werden, da sie in den größeren Druckstädten in denselben Lohnverhältnissen leben, als ihre Kollegen und die Arbeiterinnen haben sich dann auch zum größten Teile in die höchste Lohnklasse einschreiben lassen.

Nach den Beschlüssen des diesjährigen Verbandstages in Halle sind drei Lohnklassen aufgestellt worden. Die erste Klasse mit einem Wochenlohn von 10 Mk. zahlt einen Beitrag von 20 Pfa., die zweite Klasse, 10-15 Mk., 25 Pfa., die dritte Klasse, über 15 Mk., 30 Pfa. Arbeitlosen-Unterstützung wird gewährt bei 52wöchiger Mitgliedschaft Klasse I 4.20 Mk., Klasse II 4.80 Mk., Klasse III 5.40 Mk., bei 10wöchiger Mitgliedschaft 4.80, 5.40 und 6.30 Mk. Zuschuß in Krankheitsfällen I. Klasse 2.10 Mk., II. Klasse 2.40 Mk., III. Kl. 2.70 Mk. auf 5 Wochen, Streikunterstützung I. Klasse 7.00 Mk., II. Klasse 9 Mark, III. Klasse 12 Mark pro Woche.

Die Rednerin schilderte lebhaft in großen Zügen die Entwicklung des Verbandes seit seiner Gründung. Der Verband zählte anfänglich 1200 Mitglieder und hatte nur einige Filialen in Berlin, Leipzig usw. Seit nach sieben Jahren ist die Mitgliederzahl auf 8000 angewachsen, gewiß ein ganz wesentlicher Fortschritt, wenn man bedenkt, daß im Reich überhaupt etwa nur 16,000 Kollegen wie Kolleginnen beschäftigt sind. Aber nicht nur in Bezug auf die Mitgliedschaft auch hinsichtlich der Lohn- und Arbeitsbedingungen im Verufe seien erhebliche Fortschritte gemacht worden. Allerdings sei die Arbeit mühsam gewesen, durch zahllose Geschäftsversammlungen, die im arabischen Gewerbe vorbildlich seien, habe man die Kollegen und Kolleginnen zur Organisation herangezogen. Nachdem Frau Thiede die Lohnbewegungen in Berlin, München u. erörtert hatte, die zu Gunsten der Kollegen angefallen sind, wobei sie zeigte, was durch eine energische Aktion erreicht werden könne, wobei sie auf München exemplifiziert, forderte sie die Breslauer Kollegen auf, recht eifrig zu sein, um die Zahl der Mitglieder zu mehren. In der letzten Zeit habe sich hier wohl der Mitgliederstand gehoben, es sei aber noch viel zu tun. Breslau sehe anderen Großstädten weit zurück, besonders sei hier die Zahl der organisierten Kollegen immer eine noch sehr schwache. Breslau dürfe anderen Städten nicht nachsehen, es sei Pflicht der Kollegen unangesehen für die Organisation des Verbandes zu wirken, dann werden sich auch hier die Verhältnisse bessern. Die Ausführungen fanden reichen Beifall, die Diskussion war eine recht reger. Leider verlor sie sich zum Teil in nicht gerade sachlicher Art, es beklagten sich einige Kollegen, daß sie nicht von den Rednern und Gegnern in genügender Weise beachtet und gewürdigt würden, daß man es auch an der nötigen Solidarität fehlen lasse, besonders war es Kollege A. B., der darüber Klage führte. Dem wurde aber seitens der Kollegen F. K., H. K. und andere widersprochen. Frau Thiede betonte in einem Schlusswort, daß besser diese Angelegenheiten in Mitgliederversammlungen besprochen werden können, nicht aber vor das Forum der Öffentlichkeit gebracht werden sollten; dies beizurichten entschied die Agitation.

**Verloren.** Am 15. d. Mts. wurde in einem Geschäft auf der Matthiasstraße von einem Knaben ein Trauring aus S. D. 30. Nov. 1889 verloren und von einem etwa 11 Jahre alten Knaben gefunden, aber nicht abgegeben. Ferner kam am 11. d. Mts., Nachmittags zwischen 5 bis 7 Uhr in einer Drochse ein schmales goldenes Armband, bestehend aus einigen Kettengliedern mit zwei kleinen Brillanten und drei Saphiren abhanden.

**Wischachtung.** Am 20. d. Mts., Abends, wurde ein Tischergeselle auf der Gräblichstraße gelegentlich eines Streites mit einer Flache über den Kopf geschlagen, sodas er drei Wunden erlitt. Dem Verletzten wurde im Krankenhaus der Elisabethstern die erste Hilfe geleistet.

**Stelmord.** Ein Gasanstaltsarbeiter erschoss sich am 20. d. M. in einem Anfall von Schwermut in seiner Wohnung auf der Trebnitzer Chaussee.

### Aus Schlesien und Polen.

**Bitterheit i. R.** 28. November. Die Sache der Unternehmung. Weil der Respekt in der letzten Textilarbeiterversammlung die unerhörten Zustände in der Erdmannsdorfer

**Wittensauflösung in China.** Die Chinesen sind in einem ihrer besten und ältesten Katakomben nicht die nicht mehr geworfen! Dazu stehen was das die Arbeiter von hier, die noch nicht amnestiert worden sind: Wenn die China etwa glaubt, mit dieser Gewaltmaßregel die Arbeiter einschüchtern zu können, so ist sie auf dem Holzweg! Jetzt wird erst recht agitiert, offen und bestedt, überall wo Textilarbeiter sind und so lange und so eifrig, bis der letzte Kollege und die letzte Kollegin dem Verbands angehörem. Hab dann werden wie den Herren Unternehmern eine Antwort geben, die sie nicht hinter den Spiegel stecken werden! Bravo!

### Neueste Nachrichten.

#### Also keine Ruhe!

Der Zustand des verstärkten Schusses ist in den Gouvernements Tschernigow, Tambow, Penza, Kasch, sowie in den Gouvernements Balaschow, Serchobit, Petrowit, Aitarsk, Scharatow und auch in der Stadt Scharatow vermindert worden.

#### Der Unfall der Liberalen?

Das Bureau des Kongresses der Semstwo- und Städtevertreter in Moskau hat dem Kongress folgende Resolution unterbreitet:

In der Erwägung, daß das Manifest vom 30. Oktober alle seit den ersten Tagen aufgestellten Forderungen bewilligt, erklärt der Kongress in der Erkenntnis, daß die durch das Manifest bewilligten Freiheiten für die Verwirklichung des Landes unentbehrlich sind, seine völlige Solidarität mit dieser konstitutionellen Grundlage. Die Verwirklichung dieses Programms liegt der Verantwortlichkeit des Ministeriums ob. Der Kongress brüht die Ueberzeugung aus, daß das Ministerium auf die Unterstützung der großen Mehrheit der Semstvos und der Städte rechnen kann, so lange es in der Richtung auf die Verwirklichung der Freiheiten des Manifestes vorgeht. Jede Abweichung von dieser Richtung wird entsetzliche Opposition antreffen. Als einziges Mittel, die Autorität der Regierung und die Unterstützung der Vertreter des Landes zu sichern, betrachtet der Kongress den unverzüglichen Erlass einer Anordnung, welche das allgemeine Wahlrecht für die Duma ankündigt, sowie die Uebertragung konstituierender Funktionen auf die erste Duma, um mit Genehmigung des Kaisers eine Verfassung für das russische Reich auszuarbeiten, und schließlich die Organisation der Territorialreform und anderer Maßregeln. Aber sofort müssen Maßnahmen beschlossen werden, um die Freiheiten des Manifestes zu verwirklichen.

Der Entwurf der Resolution wurde mit Beifall begrüßt; zur Beratung wurden 40 Redner eingeschrieben. In der Debatte brachten 27 Redner Änderungsverschlüsse ein. Das Bureau nahm hierauf die Resolution an, um am morgen in neuer Fassung zur Abstimmung vorzulegen. Dem Kongress sind von verschiedenen Vereinigungen, Semstwoorganisationen und anderen Körperschaften in den Provinzen Telegramme zugegangen, die es für unerlässlich erklärten, die Regierung zu unterstützen, und sich gegen eine konstituierende Versammlung auszusprechen.

#### 5 Personen vergiftet.

Aus Liben wird der „Schles. Bzg.“ gemeldet: Der 50 Jahre alte Glasermeister Seiler und der 17jährige Maurerlehrling Völter hier waren mit der Ausbesserung einer Wohnung beschäftigt. Um die Ausbesserung der Zimmer beschleunigen, hatten sie einen Kohlenofen aufgestellt. Als die Frau des Glasermeisters diesen aufsuchen wollte, fand sie ihren Mann und den Lehrling tot auf der Diele liegend, beide durch Kohlenoxydgas getötet. Wiederbelebungsbemühungen blieben ohne Erfolg.

Weiter wird aus Oblea berichtet: Einen jähen Tod fand die Arbeiterwitwe Abend in Peisewitz, welche mit ihren zwei Mädchen in einer Stube schlief. Aus dem Ofen kamen während der Nacht glühende Kohlen heraus, und der sich im Zimmer verbreitende Kohlenrauch betäubte die drei Personen. Die am Morgen hingetragenen Mitbewohner des Hauses fanden die Frau leblos, die beiden Mädchen, welche an heftigem Erbrechen litten, schwer krank vor.

#### Meteorologische Beobachtungen.

22. u. 23. Nov.	Nachm. 2 Uhr.	Abends 9 Uhr.	Morg. 7 Uhr.
Auftöhrne (C.)	+ 2,6	- 0,2	- 1,0
Auftdruck bei 0° (mm)	758,4	754,9	754,5
Dunndruck (mm)	5,8	4,5	4,3
Dunndrücktung (pCt.)	96	100	100
Wind (0-12)	W 1	SW 1	Still
Wetter	bedekt.	bedekt.	bedekt.

#### Standesamtliche Nachrichten.

**Heirat-Ankündigungen.** II. Städtischer Rath und Bureauleiter Willy Grenz, ev., Kaiser Wilhelmstr. 160, und Karoline Hanke, ev., Alexanderstr. 22. — Rechtsanwält Dr. jur. Marc Weich, ev., Gahnau, und Margarete Nagel, ev., Ulyonstraße Nr. 4. — Kunstmalers Heinrich Töpke, ev., Memarkt Nr. 21, und Helene Gande, evang., Alexanderstr. 38. — Korbmacher Rudolf Poland, kath., Brunnenstr. 18, und Ernestine Reichel, kath., hier. — Hilfsbuchhändler Gustav Seidel, ev., Stebenhufenstr. 84, und Martha Rantisch, ev.-luth., Herdainsr. 25. — Bauarbeiter Josef Papier, kath., Grünstraße 24, und Amalie Wuttke, evang., hier. — Brauer Wilhelm Semder, ev., Waldenburg, und Pauline Semann, kath., Pöhlstr. 61. — Metallarbeiter Reinhold König, ev., Pantstraße Nr. 13, und Emma Fuchs, ev., hier. — Gerüstbauern Karl Stuhl, ref., Kessingstr. 19, und Eva Jaenicke, ev., Balmstr. 26. — Stellmacher Paul Häbner, kath., Herdainsr. 96, und Ida Kretschmer, ev., Hohenstr. 43. — Buchdruckerselbster Alfred Gutsmann, evang., Viktoriast. 63, und Agnes Schomayr, evang., Hohenstr. 35. — Arbeiter Fritz Kiehl, ev., Mollwitzerstr. 6, und Marie Bod, kath., hier. — Arbeiter Reinhold Kufschig, ev., Kessingstr. 9, und Anna Müller, kath., Pöhlstr. 29. — Bahnarbeiter Max Wandel, evang., Bräuerstraße 48, und Martha Jandel, kath., Kessingstr. Nr. 148. III. Rigarenhändler Georg Bogon, ev., Wehlstraße 54, und Elisabeth Knappe, geb. Wäde, kath., Wehlstraße 54. — Pensionierter Gerichtsbücher August Pommeran, ev., Matthiasstraße 130, und Emma Krüger, ev., Matthiasstraße 190. — Bezirkschornsteinfegermeister Georg Sabisch, ev., Füssenstraße 13, und Elisabeth Müller, kath., Kessingstr. 4. — Maurer Max Breunler, ev., Kleine Scheiningerstraße 56, und Elfriede Lehmann, ev., Adlerstraße 9. — Kaufmann Karl Scholz, ev., An den Kalernen 6, und Agnes Wache, ev., Kessingstr. 1. — Sattler Fritz Hübner, ev., Kessingstr. 17, und Anna Hübner, ev., Kessingstr. 18c. — Stellenbesitzer Alois Böbner, kath., Borne, und Maria Grund, kath., Monhauptstraße 6. — Mechaniker Wilhelm Jilmann, kath., Strigau, und Emma Hein, ev., Bienenstraße 6. — Maler Paul Fuchs, ev., Trebnitzerstraße 18, und Elisabeth Müller, ev., Trebnitzerstraße 13. — Schuhmachermeister Emil Meiner, evang., Rargen, und Vertha Hering, evang., Michaelsstraße 23.

Verantwortlicher Redakteur für die Rubrik: „Breslauer Nachrichten“ und die Inserate: Franz Kühn; — für die Rubrik: „Aus Schlesien und Polen“: Robert Wertz; für den gesamten übrigen Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der „Neuen Welt“: Paul Böbe; — Redaktion und Expedition: Neue Graupenstraße 5/6. — Verlag von Oskar Schick; — Druck von Th. Schatzky & Co. in Breslau. — Ausgabeort: Breslau. — Dienstag 2 Beilagen.



# Waldenburg.

**Bei wem?**  
 bekommt man  
 den besten gelben und weißen  
**Korn**  
 à Liter 40 Pfennige.  
 Antwort:  
 Bei  
**Paul Opitz,**  
 Waldenburg, Friedländerstr.

**Lieben Sie?**  
 eine recht gute  
**Zigarre**  
 so decken Sie Ihren Bedarf  
 i. d. Zigarrenspezialgeschäft  
**Jacques Bochs**  
 Waldenburg i. Schles.  
 Friedländerstrasse 34  
 (2. Haus vom Ring).

**Wandleihe Münzstr. 2 C. Freund.**  
 Auswärts briefl.

**Butterhandlung „Germania“**

Sternstraße 66, Ecke der Fiedlerstraße  
 größtes Spezialgeschäft in Butter und ff. Fleischwaren.  
 Allerfeinste Holsteiner Molkereibutter . . . . . 1.20 Mt.  
 ff. Vorderhinken, nur in ganzen Stücken . . . . . 0.80  
 Leberwurst . . . . . 0.08  
 Thüringer Rotwurst . . . . . 0.70  
 Weima Landspeck . . . . . 0.85  
 ff. Bratenfleisch . . . . . 0.65  
 Echt Parzer Käse, 4 Stück . . . . . 0.10  
 Frisches türkisches Pflaumenmus . . . . . 0.20

**Otto Ahlemann**  
 nur Sternstraße Nr. 66. 3351

**Möbel!**  
 Anzüge, Paletots, Pelzwaren, Jacketts,  
 Kragen, Kinderwagen, Sportwagen,  
 Näh- und Wringmaschinen  
**Auf Kredit!**  
 bei wöchentlicher Abzahlung von 1 Mt. an  
 bei 3349  
**S. Osswald**  
 Schuhrücke 74, I., II. u. IV.  
 gegenüber der Magdalenenkirche.  
 Kredit auch nach auswärts.  
 Katalog gratis und franko.  
 Sonntag geöffnet  
 v. 8-9 u. v. 11-2.

Für das Arbeiter-Sekretariat Breslau  
 wird zum Antritt am 1. Januar ein

# Sekretär

gesucht. Reflektent wird nur auf eine erste Kraft. Bevorzugt werden Bewerber, welche schon in einem Sekretariat tätig gewesen sind. Bewerbungen mit Angabe der Gehaltsansprüche sind bis spätestens 10. Dezember zu richten an den Vorsitzenden des Gewerkschafts-Komitees Richard Peterhansel, Breslau IX, Brigittenstr. 10.

Die dem Kollegen Wilhelm Freier angetragene Vereidigung nehme ich hiermit bedauernd zurück und beste Abbitte.  
**Rudolf Kroll**  
 Maurer.

## Fragen Sie

alle Volkswachtleser, wie gut und billig Sie Ueberzieher und Anzüge 9 1/2 Mk., Joppen 4 1/2 Mk., Hosen 2 1/2 Mk., Anzüge nach Masse 17 Mk. kaufen in der (1926) Anzugsfabrik, Wallstr. 17, 1

Zigarren eigenes Fabrikat  
 Zigaretten in großer Auswahl  
 Rauch- und Kautabak  
 bei 2998  
**Hermann Berner,**  
 Mohlgasse 30.

**Auf Nr. 5 u. Firma achten!**  
 Meine bekannt feinste  
**Tafel-Butter**  
 nur Mt. 1.20 das Pfund.

**Paul Mischke**  
 ältestes Spezialgeschäft am Ring  
 5 Ring 5.  
 (Reine Füllaten).

**Rechte u. Pflichten des Mieters**  
 nach d. neuen Bürgerl. Gesetzbuch  
 Kommentar gegen Miethrecht  
 von Rich. Lipinski.  
 Preis pro Exempl. 20 Pfennige.  
 Die Broschüre ist sachkundig  
 auf Grund der Motive und der  
 Denkschrift zum Bürgerlichen  
 Gesetzbuch bearbeitet und ist ein  
 sicherer Führer durch das Mieths-  
 recht.  
 Durch unsere Expedition zu  
 beziehen.

**Sozialdemokratisches Liederbuch**  
 von Max Kegel.  
 Preis 40 Pfg.

**Auf Kredit**  
 liefert  
**M. Graunach.**  
 Albrechtstr. 30, I.  
 Einzahlung: Altstädterstr.

**Konfektion**  
 für Herren,  
 für Knaben,  
 für Damen  
 in großer Auswahl.  
**Teppiche**  
**Gardinen.**  
**Kinderwagen**  
**Möbel**  
 Polsterwaren etc.  
 Geringste Anzahlung.  
 Bequemste Abzahlung.

**Filz-Hüte**  
 jezt  
 2 Mark, 1 Mark,  
**50 Pfg.**  
**Carlsplatz 3**  
 1 Treppe.  
**Puppenreste**  
 in größter Auswahl  
**Carlsplatz 3**  
 1 Treppe. 3348  
**Buchhandlung Volkswacht.**  
 Volks-Fremdwörterbuch  
 von Wilhelm Liebknecht,  
 13 Hefte à . . . . . 0.20

**Todes-Anzeige!**  
 (Vorspätet.)  
 Am 19. November, nachm. 1 Uhr, verschied nach  
 langem Leiden unser Kollege  
**Carl Kitzel**  
 im Alter von 44 Jahren.  
 Ein ehrliches Andenken bewahren ihm  
 Die Mitglieder des Vorstandes der  
 baugetw. Hilfsarbeiter Deutschlands (Zweigverein Breslau).

**Zentralverein der Metzger und Arbeiterinnen**  
 (Fil. Breslau).  
 Am 20. d. Mts. verschied nach langen qualvollen  
 Leiden an Lungentuberkulose unser Kollege  
**Bruno Richter**  
 im Alter von 80 Jahren. 3361  
 Wir werden ihm ein treues Andenken bewahren.  
 I. A.: Der Vorstand.  
 Die Beerdigung findet statt am 23. d. Mts., nachm.  
 3 Uhr, vom Trauerhans Mathiasstr. 110, nach Pohlenowitz.

**Stadt-Theater.**  
 Donnerstag:  
 Anfang 7 Uhr:  
 „Genoveva.“  
 Freitag:  
 „Mephisto.“  
 Fleisch- u. Edel:  
 „Lohengrin.“  
 Sonnabend:  
 „Undine.“

**Lobe-Theater.**  
 Donnerstag:  
 „Der letzte Krieg.“  
 Freitag:  
 „Die Austreibung.“  
 Sonnabend:  
 „Die Fledermaus.“

**Thalia-Theater.**  
 Freitag:  
 Volke-Vorstellung:  
 „Der Herr Senator.“  
 Sonnabend:  
 Humboldt-Verein.  
 Abonnements-Vorstellung:  
 „Das Glück im Winkel.“

**Liebich's Etablissement**  
 Telephon 1646  
 Freitag, d. 24. November  
**Marie Lettinger-Wendt**  
 in ihren  
**Rezitationen**  
 und das brillante  
**November-Programm.**  
 Anfang 7 1/2 Uhr.

**Victoria-Theater**  
 (Simmerauer Garten).  
 Vollständig neues Programm.  
**12**  
**Attraktionen**  
 u. M.  
**Herm. Mestrum**  
**The Skremkas**  
**4 Otinos**  
 etc. etc.  
 Anfang 7 1/2 Uhr. Pausen gratis.  
 Vorverkauf 10-2 im Theat.-Büro.

**Kanarienzüchter - Verein**  
 „Kanaria“ (e. V.)  
 Große allseitige  
 Kanarienzusammenstellung.  
**Lose**  
 à 50 Pfg. sind bei Herrn Paul  
 Weiss, Gneisenaustr. 3, zu beziehen.  
**Jeden**  
**Sonnabend**  
**Eisbäuer**  
 Restaurant zum  
 Schleswig-Holsteiner  
 Brandenburgerstraße Nr. 36  
 Johann Hardt. 3357

**Lehrmädch. J. Schirrm.**  
 in J. Weinstraße 80, III. 3353  
**Hausierer**  
 für Ansichtskarten u. Kalender  
 gesucht.  
**Hagendek,**  
 Kupferstr. 32. 3088

**Total-Ausverkauf**  
 wegen  
**Abbruch des Hauses.**  
**Grösstes Lager**  
 echt  
**Wiener Velpel**  
 in ganz Schlesien.  
**600 Plumes**  
 (Velpel).  
**1400 Filzhüte.**  
 Auto-Mützen, Lackhüte.  
**Wiener Velour-Hüte.**  
**Prachtv. Garnituren.**  
**Preise**  
**sensationell billig.**  
 Jeder Hut wird auf  
 Wunsch schick garantiert.  
**Heinrich Glücksmann**  
 nur  
**Reuschestr.**  
**12.**  
 Notwendigstes wird ergänzt. 3357

**Ein Blick in unsere Spielwaren-Ausstellung**  
 zeigt ein Märchen aus der Kinderwelt.

Das Warenhaus **Messow & Waldschmidt**, G. m. b. H., zeigt die Eröffnung ihrer großen Spielwaren-Ausstellung an. Große Vorkehrungen sind getroffen, die diesjährige Spielwaren-Ausstellung zu einer recht imposanten und sehenswerten zu gestalten. Alles ist neu! Ueberfüllt sind die Läger mit den Erzeugnissen und Neuheiten der gesamten Spielwaren-Industrie. Jung und alt, ein jeder wird etwas finden.

Wir laden zur Besichtigung höflichst ein und eröffnen unsere Spielwaren-Ausstellung mit einem **großen Kinderfest** **Sonnabend**, wobei es für die Kleinen mancherlei **Gratis-Vorstellungen** gibt.



Die Bier- und Tabaksteuern

sind nunmehr amtlich signalisiert. In ihren finanzpolitischen Betrachtungen kommt die „Nordb. Allg. Ztg.“ zu dem Resultat, daß die Mehreinnahmen aus dem neuen Zolltarif nur etwa 25 Millionen für allgemeine Reichszwecke liefern, da annähernd zwei Drittel von ihnen, möglicherweise 70 bis 80 Millionen, für Schaffung einer Witwen- und Waisenversicherung zurückgestellt seien. Für die Deckung von den neuen aufzubringenden 220 bis 230 Millionen sind neue Steuereinnahmen vorgezogen, für welche eine Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit verschiedener Bevölkerungsschichten unter Vermeidung von Steuern, durch welche notwendige Lebensbedürfnisse leiden könnten, maßgebender Gesichtspunkt war. Es mußte deshalb auch der Massenverbrauch, sowie der Güterverkehr herangezogen werden. Es soll daher die Steuerfähigkeit der Verbraucher und der Gewerbetreibenden tunlichste Berücksichtigung finden, da die in Betracht kommenden Reichsaufgaben keineswegs einzelnen bevorzugten Klassen, sondern dem Interesse der Gesamtheit dienen. In erster Linie kommen gegenwärtig in Betracht: Bier und Tabak. Die Bierabgaben auf den Kopf der Bevölkerung betragen bisher in Bayern 5.20, Baden 3.94, in Württemberg 3.84, Elsaß-Lothringen 2.20, dagegen im Brauereigerbiet nur 0.84.

Es abzusehen ist, weshalb das norddeutsche Bier nicht annähernd die gleiche Belastung tragen könnte, wie das süddeutsche Erzeugnis. Der Einwand, daß in Norddeutschland vielfach das Bier mit dem Branntwein als gefährlichem Mitbewerber zu kämpfen habe, und aus diesem Grunde das norddeutsche Bier weniger belastungsfähig sei, ist nicht stichhaltig, da in Süddeutschland genau die gleiche Rolle eines Mitbewerbers der Wein und der Cöhlwein spielen. Uebrigens ist noch keineswegs ausgemacht, daß die Steuererhöhung eine im Einzelverbrauch bemerkbare Erhöhung des Preises bewirken würde. Elsaß-Lothringen soll nach einer gewissen Frist in die Brauereigemeinschaft einbezogen werden. Ausleich mit der Steuererhöhung ist eine entsprechende Erhöhung des Eingangszolles vorgesehen. Was den infolge der Steuererhöhung zu erwartenden Mehretrag anlangt, so wird einschläglich der vollen Ausgleichsbeträge der süddeutschen Staaten nach Ablauf der Uebergangsfrist auf über 60 Millionen Mark geschätzt.

Zur Empfehlung der Tabaksteuer bemerkt die „Nordb. Allg. Ztg.“, daß der Tabak unter allen Umständen ein Genussmittel sei, dessen Entbehrlichkeit außer Frage steht.

Ungewöhnlich der Tatsache, daß der Tabak zu den unentbehrlichen Lebensbedürfnissen nicht zu rechnen ist, heften sich die verschiedenen Regierungen doch auch bei diesem Steuerobjekt von der Erwägung los, daß nach Möglichkeit auf die Steuerkraft der Verbraucher Rücksicht genommen werden soll. Im Hinblick auf die aus Interessententzügen laut gewordenen Bedenken wurde davon Abstand genommen und den finanziellen Bedürfnissen des Reiches durch eine Erhöhung der Gewichtszölle von Rohtabak Rechnung getragen. Die Berücksichtigung der Steuerkraft der Verbraucher soll in der Weise geschehen, daß rohe Tabakblätter im allgemeinen mit einem höheren Zollzuschlag belegt werden sollen, als die zur Herstellung des Rauchs, Stems und Schnupftabaks dienenden. Eine wesentliche Milderung soll in dem Auslande eingeführten Fabrikate in erster Reihe Zigaretten erfahren. Die gleichzeitig beschlossene, allerdings nicht gleich große Erhöhung der Steuer auf inländischen Tabak wird offiziell als eine „unvermeidliche Ergänzung“ der Zollerhöhung bezeichnet.

Besonders hart soll die Zigaretten-Industrie betroffen werden. Das Regierungsorgan berechnet für das Jahr 1904 einen Gesamtverbrauch von etwa 1/2 Milliarden Stück Zigaretten. Da das starke Anwachsen des Zigarettenkonsums großen Teils aus Kosten des Zigarettenverbrauchs und damit auch der inländischen Zigarettenindustrie vor sich gegangen sei und schon deshalb als „volkswirtschaftlich unerwünschte Erscheinung nicht zu betrachten“ sei, will man die Zigaretten ordentlich treffen. Was die Form der Besteuerung anlangt, so hat man sich entschlossen, zur Besteuerung der Ziga-

retten-Papiere zu greifen, da aus den gleichen Rücksichten wie bei Zigaretten von einer Fabriksteuer Abstand zu nehmen war. Außer der Steuer ist naturgemäß eine reichliche Zoll-Erhöhung vorgesehen, die teils aus Gründen des Schutzes der inländischen Industrie, teils auch deshalb gerechtfertigt erscheint, weil die eingeführten Sorten eine höhere Belastung besonders leicht ertragen. Die finanzielle Wirkung der in Aussicht genommenen Steuer- und Zoll-Erhönungen auf Tabak und Zigaretten wird auf einen Ertrag von etwas über 40 Millionen Mark zu schätzen sein.

Die „Nordb. Allg. Ztg.“ verspricht zum Schluß, in einem weiteren Artikel sich mit der geplanten Milderung der Reichskampfgeloste sowie mit der Besteuerung von Erbschaften befassen zu wollen. Vor allem aber soll das arme Volk zahlen.

Partei-Angelegenheiten.

Zu Schuppels Mandatsniederlegung erklärt der Zentralvorstand des Sozialdemokratischen Vereins in Chemnitz folgende Erklärung.

Obgleich uns der unglückliche Gesundheitszustand unseres bisherigen Reichstagsabgeordneten Schuppel bekannt war, sind wir doch außerordentlich überrascht, daß dieser und andere Erkünde seine plötzliche Mandatsniederlegung veranlaßt haben.

Wir bedauern dies und erklären ausdrücklich, daß die Haltung des Genossen Schuppel — wie dies auch in verschiedenen früher gefaßten Resolutionen von Parteiverfassungen des 16ten sächsischen Reichstagswahlkreises zum Ausdruck gebracht worden ist — von hier aus keinerlei Kritik erfahren hat, die seine Mandatsniederlegung hätte zur Folge haben müssen.

Die Resolution Freythalers, auf die sich Schuppel in seinem Abhandlungsschreiben bezog, war nur ein Zusatz zur Resolution Vebel gegen Schuppels Haltung in der Frage der Lebensmittelzölle. Diese Resolution Vebel, die in namenhafter Abstimmung mit 284 gegen 44 Stimmen bei einer Enthaltung angenommen wurde, hat folgenden Wortlaut:

„Der Parteitag mißbilligt auf das schärfste die Unklarheit und Zweideutigkeit, mit welcher der Genosse Schuppel seit langem in Wort und Schrift sich gegenüber der Frage der Lebensmittelverhältnisse und dadurch unseren Feinden Material gegen die Partei geliefert hat.“

Wenn schließlich der Genosse Schuppel durch die Fraktion zu klarer Stellungnahme gezwungen wird, erklärt, daß er Gegner der Agrarablässe sei und in der Zolltariffrage die Stellung der Partei teile, so war es um so unbegreiflicher und unverzeihlicher, daß er seit Jahren seinen ganzen Schwärm und sein ganzes Können aufbot, um zu beweisen, daß vom agrarischen Standpunkt aus die Forderung der Agrarablässe gerechtfertigt sei, eine Aufgabe, die wahrlich nicht diejenige eines Sozialdemokraten sein kann.

Der Parteitag mißbilligt aber auch entschieden den häßlichen und hochfahrenden Ton, in dem der Genosse Schuppel die Polemik gegen die Partei führte, ein Verfahren, das sich umso weniger rechtfertigt, als er seinen Standpunkt in der Agrarfrage von Grund aus gemißbilligt hat.“

Das Amendement Freythalers, das mit 150 gegen 126 Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen wurde, lautet:

„Der Parteitag erklärt weiter, daß das Vertrauen, dessen ein Genosse zur Bekleidung von Vertrauensstellungen in der Partei unbedeutend bedarf, gegenüber dem Genossen Schuppel aus tiefster Erkenntnis ist und daß, wenn Schuppel fortfährt, in der bisherigen Weise zum Schaden der Partei zu wirken, er gezwungen sein wird, die Konsequenzen seines Verhaltens zu ziehen.“

Die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ bemerkt zu dem Rücktritt Schuppels:

Die Mandatsniederlegung dürfte wohl mit den Angriffen in Zusammenhang stehen, die Schuppels letzte Buch — wie schon manche seiner früheren — in Parteikreisen erfahren hat. Es handelt sich um die Dankschreiben der Vereinigten Staaten und läßt den Schluß zu, daß Schuppel zu einem Postkrieg mit Amerika rate. Mit der Partei ist Schuppel innerlich schon seit Jahren gespalten; insbesondere hat seine, wenn auch verhehlerte, Vertreibung der Agrarablässe lebhafteste Anfechtung erfahren und seine sich daran knüpfende Artikelserie in dem Chemnitzer Parteiblatt auf dem Rücken der Partei zu einem Tadelstempel gegen Schuppel geführt. Ursprünglich einer der Radikalen, Anhänger der sogenannten „Jungen“ und Redakteur des „Sozialdemokrat“, ist Schuppel, halb aus einflamer Verbitterung, halb aus Überzeugung, unangefochten nach rechts geschritten, bis er den Zusammenhang mit der Gesamt-

partei immer mehr und mehr verlor. In Chemnitz wird er von einem innerlichlichen Fortschrittler erfüllt, hat er in den letzten Jahren doch allmählich einen sozialdemokratischen Charakter angenommen. Seine Mandatsniederlegung kommt also fast einer Trennung von der Partei gleich, mit der er ohnehin nur durch das Mandat verknüpft war.

Bis auf den letzten Satz wird das österreichische Parteiblatt wohl recht haben.

Zur Nürtinger Gemeindevahl. Bei der Wahl zur Gemeindevorstellung erhielt unsere Partei 3047 Stimmen; die vereinigten Gegner brachten es auf 3940 Stimmen. Unsere Gewonnen erhalten, wie bereits gemeldet, 6 Sitze, die Gegner deren 9.

Sozialistische Gemeindevahl. Bei der Stichwahl der dritten Abteilung in Eilenburg feierte neben einem bürgerlichen Kandidaten zum erstenmal ein Sozialdemokrat.

Stadteroberburschen in Rathenow. Bei der Kommunalwahl in Rathenow eroberten unsere Parteigenossen alle vier zur Wahl stehenden Mandate. Wir erhielten 840 Stimmen, die vereinigten Gegner fielen mit 740 Stimmen ab.

Sozialistische Siege bei den Kommunalwahlen in England. Die sozialistischen und gewerkschaftlichen Arbeiterkandidaten haben bei den diesjährigen Municipalwahlen Erfolge davongetragen, wie niemals zuvor. Im Vorjahre betrug die Zahl der sozialistischen und Trade-Union-Kandidaten 255, die Zahl der eroberten Mandate 95, davon 65 neu gewonnen, bei nur 6 Verlusten. In diesem Jahre wurden bisher 350 Kandidaten und 128 Mandate gewählt, von denen 84 neu gewonnen sind; ihnen steht ein Verlust von nur 10 Sitzen gegenüber. Auf die einzelnen Gruppen der Arbeiterpartei verteilt der Labour Leader die Erfolge folgendermaßen: Gewerkschaftskandidaten 160, Siege 65, gewonnen 42, verloren 2, Unabhängige Arbeiterpartei 150 Kandidaten, 59 Siege, 36 Gewinne und 8 Verluste. Sozialdemokratische Föderation 40 Kandidaten, 14 Siege, 6 Gewinne und 2 Verluste. Doch ist diese Aufstellung ziemlich willkürlich, da die Stellung der einzelnen Kandidaten nicht immer genau bekannt ist und besonders weil alle diese Parteien überall in erschwerter Einmütigkeit vorgehen und in sehr vielen Städten gemeinsam in den Kampf zogen.

Arbeiterbewegung.

Aus der Berliner und der deutschen Zigarettenindustrie. Zwischen den Berliner Zigarettenarbeitern und ihren Arbeitgeberinnen fanden mehrere Verhandlungen statt, die zu einer Verständigung führten. Es geschah dies auf folgender Grundlage:

- 1. Für alle Arbeiterinnen, die einen Wochenlohn von 5 bis 12 Mark verdienen, wird eine feste wöchentliche Lohn-erhöhung gewährt, die jedoch nicht unter 30 Pfennig pro Woche betragen darf.
2. Für die Akkordarbeiter und Arbeiterinnen wird der Preis pro Tausend um 15 Pfennig erhöht.
3. Die Erhöhung tritt vom Montag, 20. November, ab in Kraft.

Die Lohnsätze bleiben mindestens bis zur Erledigung der Tabaksteuer unanverändert.

Nach Erledigung der Tabaksteuer treten die Vertreter der Organisationsverband deutscher Zigarettenfabrikanten und Verband deutscher Tabakarbeiter in erneute Verhandlungen ein, um nach dem Vorhinein des Buchdruckerbundes eine Tarifgemeinschaft für ganz Deutschland zu beraten und zu schaffen.

In der am Sonntag veranstalteten Versammlung der Berliner Zigarettenarbeiter und Arbeiterinnen berichtete der erste Revolutionskämpfer des Deutschen Tabakarbeiterverbandes, Rosenfeld-Berlin, über die Verhandlungen. Er trat für die Annahme der Propositionen unter Hinweis darauf ein, daß jetzt die Kräfte aller in der deutschen Tabakindustrie Tätigen gesammelt werden müßten, um gegen die gemeindefähige Gesetzgebung, die Erhöhung der Tabaksteuer, zu Felde zu ziehen. Trotzdem einige Gegner in der langen, lebhaften Debatte auftraten, die die zehnprozentige Erhöhung durchgesetzt wissen wollten, war die überwiegende Mehrheit der Versammlung auf Seiten des Referenten. Es wurde in einer Resolution beschlossen, die Vereinbarung anzunehmen in der Erwartung, daß die Arbeitgeber später weiteren Lohnserhöhungen zustimmen werden.

Die Leipziger Buchdrucker gegen ihre Berliner Kollegen. Die im Senefelder-Verein organisierten Buchdrucker von Leipzig haben in einer Resolution den Berliner Kollegen ein Tadelvotum erteilt, weil letztere nicht auch nach dem Beispiel der Leipziger in eine Bewegung zur Beseitigung der Akkordarbeit, des Präzedenzfalls und der langfristigen Kontrakte eingetreten sind, weil

Kunst, Wissenschaft und Technik.

Ein neuer Kometa ist nach einer Nachricht der astronomischen Sammelstelle in Kiel am Freitag auf der Gensfer Sternwarte von dem dortigen Astronomen Schür entdeckt worden. Man fand ihn im Sternbild des Cepheus, nur 4 Grad von dem Durchschnittspunkte der verlängerten Erdbachse mit dem Himmelspole entfernt. Er steht also dicht beim Polarstern. Seine genauere Stellung war zur Zeit der Entdeckung (8 Uhr 30 Min. Abends): gerade Aufsteigung 4 Stunden 22 Minuten, nördliche Abweichung vom Äquator 86 Grad. Aus den gleich angefertigten Messungen seiner Bewegung gegenüber den Fixsternen ergab sich diese zu ungefähr täglich 54 Grad in der ersten und — ein Grad in der letzten Richtung. Da diese Angaben jedoch für einen Tag bereits nicht mehr genügend genau zutreffen, so gelang es nicht, ihn am Sonnabend wiederzufinden. Nach einer weiteren Nachricht der Sammelstelle gilt die Dativität in Vancouver die zweite Beobachtung am 18. November 7 Uhr; er stand jetzt in Aufsteigung 0 Stunden 58 Minuten und in Abweichung 81 Grad, so daß die tägliche Bewegung zu 4 Grad in Abweichung anzunehmen ist, während die Aufsteigung nahezu konstant. Trägt man die angegebenen Stellungen in einer Sternkarte ein, so sieht man, daß die erste Stellung ganz nahe beim Polarstern sich befindet, und zwar in der Linie, die von ihm nach der Capella, dem hellsten Stern im Firmament führt. Die zweite Beobachtung zeigt ihn unweit des Sternes Gamma im Cepheus; die Verbindungslinie beider erster weist auf das Bild der Staffelpala hin, wohin wahrscheinlich seine eigene scheinbare Bewegung gerichtet ist. Leider verhinderte die Erlebung des Himmels am Sonntag in Mitteldeutschland jede Beobachtung. Da jedoch alle Sternwarten der Erde Drahtnachrichten erhalten haben, ist es ziemlich sicher, daß auch an diesem Tage seine Stellung festgelegt ist; damit wären genügend Unterlagen zur genäherten Berechnung seiner Bahn und die Möglichkeit, ihn leicht wieder aufzufinden, gegeben. Bemerkenswert an diesem neuen Kometen ist seine Helligkeit. Man erinnere sich, daß die meisten Entdeckungen der letzten Jahre sich auf Haarkometen bezogen, die nur mit den stärksten Fernrohren wahrgenommen werden konnten; der Kometa Schür ist zu ungeschätzbar starker Größe geschätzt worden; man dürfte ihn also wohl schon mit besseren Ferngläsern auffinden können. Nun nehmen die Kometen, je näher sie der Sonne kommen, an Helligkeit immer mehr zu, trifft es sich also, daß dieser neue Haarkomete auf seiner Bahn die Sonnennähe noch nicht durchwandert hat, so ist anzunehmen, daß wir ihn noch mit bloßem Auge werden wahrnehmen können, ein himmlisches Schauspiel, das uns lange nicht mehr geboten war und das uns mit ziemlicher Sicherheit in

großem Glanze erst wieder im Frühjahr 1910 bei der erwarteten Wiederkehr des Halleyschen Kometen bevorsteht.

Aus aller Welt.

Nicht weniger als drei Eisenbahnunfälle. Infolge Ueberfahrens des Halleyschen ist bei Wöringen auf der Strecke Nordheim-Dittbergen der Güterzug 2333 auf der Weiche 2/3 dem ausfahrenden Güterzug 8812 in die Flanke gefahren. Das Hauptgleis wurde etwa drei Stunden gesperrt. Der Personenverkehr wurde durch Umsteigen aufrecht erhalten. Personen sind nicht verletzt worden. Der Materialschaden ist unerblich. Ferner wird aus Würten in Westfalen gemeldet, daß der Personenzug 570 von Gronau in Station Dülmen-Dt auf dem Bahnhofsübergang der Josefstraße ein Fuhrwerk überfuhr. Der Fuhrer und das Pferd des Fuhrwerks wurden schwer verletzt. Auf dem Bahnhof von Montreux (Schweiz) stieß ein Personenzug mit einem Güterzug zusammen. Ein Lokomotivführer und ein Heizer wurde getötet, dreißig Reisende wurden verwundet. Die Verwundungen sind größtenteils leicht.

Ueberfallen und erstickt wurde, wie die Königsberger „Zeit.“ meldet, in Königsberg i. Pr. in der Nacht zum Montag der bei dem Oberpräsidenten von Ostpreußen angestellte Diener Otto Köpfer. Der Täter konnte noch nicht ermittelt werden.

Kampf zwischen Wilderern und Förster. Der „Tgl. Rundschau“ wird aus Eisenach gemeldet: Am letzten Sonntag begab er in Abtschroda bei Eisenach wohnende Forstmeister auf seinem Dienstwege in die Reviere drei Wilderern. Auf seinen Ruf ward der eine sein Gewehr fort, während ein anderer aus dem Hinterholte auf den noch jungen Beamten einen Schuß abgab, der ein Schulterblatt durchschlug und die Lunge durchbohrte. Der dritte Schuß nun mit einem starken Knüttel so lange auf den wehelsenen Forstmann ein, bis dieser tot zu sein schien. Man soll den Täter auf der Spur sein.

Ein Geständnis. Ein dreifaches Todesurteil fällt im Oktober v. J. das Schwurgericht in Nürnberg gegen die Eheleute Jitner aus Redos und deren Sohn, weil sie für überführt galten, die Ehefrau des letzteren auf grausame Weise ermordet zu haben. Später wurden die Verurteilten zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe verurteilt. Vor einigen Tagen hat nun Jitner senior, der im Zuchthaus zu Plauenburg interniert worden ist und seine Unschuld bisher nicht beteuert hat, ein Geständnis dahin abgelegt, daß nur er allein den Mord an seiner Schwiegertochter verübt habe, daß seine Frau und sein Sohn an diesem Verbrechen nicht mitbeteiligt gewesen seien. Auf Grund dieses Geständnisses hat der Witw und Mannes Jitner junior durch einen Münchener Rechtsanwalt sofort das Wiederaufnahmeverfahren beantragen lassen.

Eine Kinematographen-Vorstellung im Gerichtssaal fand vor der sechsten Strafkammer des Landgerichts 1 zu Berlin statt. Nicht weniger als acht Personen sahen auf der Anklagebank, um sich wegen Ausstellung, Verbreitung und Verkauf unzüchtiger Bilder zu verantworten. In einem Nebenprotokoll des Grundstückes Wabstraße 56 führten der Kaufmann Edmund Haase und der Schankwirth Willy Krenkau „Lebende Photographien“ vor, zum Teil in „separaten Streifenvorstellungen“. Gleiche Vorstellungen wurden von dem Charakter Wilhelm Feindt in einer Rude auf dem Grundstück Markgrafendamm 25 veranstaltet. Verschiedene dieser lebenden Photographien wurden als unzüchtig befunden, so „Der verteilte Eueropauer“, „Alter schilt vor Lorheit nicht“, „Das Morgenrot“ u. s. w. Ein Teil dieser Bilder war von der Pariser Firma Patte Freres durch den Kaufmann Ernst Dürck bezogen worden. Die übrigen Angeklagten waren gleichfalls an der Verbreitung beteiligt. Die Rechtsanwältin Regall, Gensch, Dr. Löwenstein und Justizrat Leopold Meyer bestritten, daß die Abbildungen das Scham- und Sittlichkeitsgefühl verletzen. Um den Gerichtshof in den Stand zu setzen, die Wirkung der Bilder, wenn sie in Lebensgröße erschienen, zu prüfen, wurde aus der „Strafkammer“ eine Dunkelkammer gemacht. Das Tageslicht wurde soviel wie möglich abgeperrt, mit Hilfe des Kinematographen wurden die Bilder auf eine aufgeschraubte Leinwand geworfen. Der Gerichtshof kam auf Grund dieser Augenscheinnahme zu dem Ergebnis, drei der vorgeführten Bilder für unzüchtig zu erklären. Da aber nicht sehr große Unzüchtigkeiten vorliegen, verurteilte der Gerichtshof die Angeklagten Haase, Krenkau und Feindt zu je 20 Mark, den Angeklagten Dürck zu 10 Mark Geldstrafe. Die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen.

Litteratur.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 8. Heft des 24. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Harz- und Wälder. — Die französische Gewerkschaftsbewegung. Von Paul Louis. — Die Nationalratswahlen in der Schweiz. Von Dionys Jünger. — Die ökonomische Lage des russischen Proletariats in Rußland. Aus dem Russischen überetzt von G. R. (Forstmann). — Jubiläumskämpfer. Von Viktor Koad (Charlottenburg). — Notizen: Von der Versicherungsanstalt Großherzogtum Hessen. Von E. G. Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämter und Kolportage zum Preise von 3.25 Mk. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.



die Welt für eine solche Bewegung nicht gewillt ist. Die Ereignisse...  
die ganze Welt geplagt war, von ihrer Berliner Konferenz, das auch  
diese nunmehr die Befreiung jener Mächte in die Wege führen  
werden.

Die Handelsarbeiterbewegung soll im Frühjahr 1906 zu-  
sammentreten. Der Zentralverband der Handels- und Transport-  
arbeiter Deutschlands hat zur Vorbereitung der Fragebogen an die  
in Betracht kommenden Gewerkschaften, Väter usw. versandt. Es wird  
erwartet, daß dadurch für den Kongress ein möglichst umfassendes  
Material gewonnen werden wird.

Die Versteigerung und der Minister. Der neue Handels-  
minister hat auf die Eingaben der Gewerkschaften vom 2. No-  
vember 1905 betreffend die neue Arbeitsordnung u. a. an  
den ersten Unterzeichneten der Eingabe, Effert-Offen, am 20. d. M.  
folgenden Bescheid erteilt:

Die in der Eingabe vom 2. d. M. enthaltenen Einwendungen  
gegen die von den Gewerkschaften des Ruhrreviers erlassene neue  
Arbeitsordnung sind von mir zum Gegenstande von Ver-  
handlungen mit den beteiligten Provinzialbehörden gemacht  
worden. Nachdem inzwischen in der am 18. d. M. in Essen statt-  
gehabten Versammlung von Bergarbeitervertretern beschlossen worden  
ist, die Entscheidung des kgl. Oberbergamtes Dortmund über die  
vorgelegten und veränderten neue, mir bisher nicht mitgeteilte Ein-  
wendungen gegen die Arbeitsordnung anzunehmen, glaube ich, dieser  
Entscheidung nicht vorzugreifen zu sollen, und behalte mir meine  
Stellungnahme für den Fall einer etwaigen Beschwerde vor.  
Was die an den Reichsanwalt gerichtete und diesem zur  
weiteren Prüfung und Veranlassung an mich abgegebene Eingabe  
vom 2. d. M., betreffend die Verhinderung verschiedener Beschrän-  
kungen des Wechsels der Verlagsstellen anlangt, erscheint ein  
Eingehen auf diese Angelegenheit nicht in mehr von mir zu mach-  
endem Vorstand des Reichs für die bergmännischen Interessen den  
beteiligten Bergverwaltungen die Aufhebung der fraglichen Maß-  
nahmen empfohlen hat.

Der Herr Minister macht sich die Sache sehr leicht. In dem  
letzten Wort zeigt er durch den gräßlichen Vergleich der Ver-  
kehrten auf die Spitze, sondern es muß ihnen von Gesetzeswegen deut-  
lich an Gemütsfreiheit werden, daß ihr Verhalten rechtswidrig und  
strafbar ist. Aber auch in dem ersten Falle macht es einen sehr un-  
angenehmen Eindruck, daß der Minister die Sache auf die lange  
Bank schiebt und anderen Instanzen die Verantwortung überläßt.

Im bürgerlichen Gewerbe hat nach dem  
Scheitern der Tarifverhandlungen der Kampf begonnen und zwar  
nicht mit einer Arbeitsstreikung, sondern mit der passiven Resistenz.  
Das Personal erscheint in der Doffin, arbeitet — aber ohne An-  
erkennung. Da die Arbeit des Schriftstellers wesentlich auf einer  
ganz bedeutenden Intensität der Leistung beruht und die  
volle Anspannung der Nerven und großer Aufmerksam-  
keit erfordert, so genügt jedes Nachlassen in dieser  
Intensität, um sofort ein sehr deutliches Minderergebnis zu be-  
wirken. Ueber den Beginn dieser Methode des Kampfes, die  
abrigens schon einmal im Jahre 1888 von den Wiener Buchdruckern  
angewendet wurde, liegen folgende Telegramme des Telegraphen-  
Korrespondenzbüros vor:

Ein Dienstag hat in einzelnen Buchdruckereien von  
Graz die passive Resistenz der Setzer und Drucker begonnen. In  
großen Betrieben, namentlich in denjenigen, die Tagesblätter drucken,  
so beim „Graz Volksblatt“ und bei der „Tagesspost“, beginnen sich  
die Betriebsstörungen bereits sichtbar zu machen.  
Am selben Tage begann in allen Druckereien Lira  
und Borarlbera wegen bestehender Lohnunterschiede die passive  
Resistenz. Einige Blätter erschienen bereits Montag verspätet und  
in einem geringeren Umfange.

### Breslauer Nachrichten.

Breslau, 28. November 1905.

#### Strafrecht und Klassenjustiz.

So lautet das Thema, über das der Redakteur unseres  
Arbeiterblattes in Jork, Genosse Hans Markwald,  
gestern Nachmittag im Saale des „Gewerkschaftshauses“,  
vor einer sehr gut besuchten und andächtig lauschenden Ver-  
sammlung referierte. Der Redner führte ungefähr folgen-  
des aus:

Der Staatssekretär des Reichs-Justizamts hat vor längerer  
Zeit nicht nur eine Reform der Strafprozedur, sondern  
auch eine solche der Strafgesetzgebung angekündigt. Die Bres-  
lauer Genossen haben ja zu diesem Thema bereits Stellung ge-  
nommen und den Parteitag wiederholt erucht, dasselbe zu be-  
handeln. Es handelt sich hier um eine Frage von großer Be-  
deutung, über die sich die Sozialdemokratie als die größte  
Partei klar werden muß. In der „Gleichheit“ hat Genosse  
A. Borchardt diese Frage behandelt und ist unter anderem für  
vollständige Straffreiheit eingetreten. Ist das möglich? Wenn wir  
diese Frage richtig beantworten wollen, so müssen wir uns über  
die Gründe der Strafen klar werden. Redner kann den Stand-  
punkt Borchardts nicht teilen. Es gibt Handlungen, die in  
früheren Epochen und heute für die Gesellschaft unangenehm sind  
und deshalb noch der Strafe unterliegen müssen. Man hat nun  
eine Reihe von Theorien aufgestellt, nach denen eine Straftat  
behandelt werden soll. Da ist zunächst die Vergeltungstheorie.  
Aus Gerechtigkeit müsse das Böse bestraft werden.  
Diese Theorie ist nach Redners Ansicht unvollständig. Der  
Wille des Menschen ist unsterblich, er kann nicht dafür, was er tut,  
wegen dieser Ansicht braucht man gar kein so arger Revolu-  
tionär zu sein, selbst das Reichs-Justizamt hat in seinem „Ge-  
setzgebungsrichtlinien“ ausdrücklich erklärt, daß der Wille des Menschen in  
den „Kausaltheorien“ des Gehirns entspringt. Je nach ihren An-  
lagen, ihrer Erziehung handeln die Menschen verschieden. Ein  
Mensch, der aus der Arbeiterklasse stammt und mit verdrück-  
ten Anlagen ausgestattet ist, wird sich vielleicht als Ein-  
brecher betätigen, ist es aber ein Junker, der mit verdrück-  
ten Anlagen ausgestattet ist, so kann er unter Umständen Reichs-  
kaiser werden und ein National-Heros sein. (Beifall.) Die  
Weltvorgänge sind eine ununterbrochene Kette von Ursache  
und Wirkung. Was der Mensch tut, ist abhängig von seinen Vor-  
fahren, Eltern und Erziehung. Wie Professor H. in seinen  
Vorträgen dargelegt hat. Der Verbrecher an sich ist nicht  
schuldig, daß er ein Verbrecher ist. Zweitens hat man die  
Züchtungstheorie aufgestellt. Nach dieser soll weniger der  
Ursache der Verurteilung, als der der Züchtung gelten. Ein  
Mann, dem auch der wissenschaftliche Sozialismus viel verdankt,  
der Philosoph Hegel, hat diese Theorie, die daraus hinaus-  
läuft, daß die Strafe für den Verbrecher eine moralische sein  
soll. Wir brauchen uns in unserer modernen Zeit mit dieser  
Züchtungstheorie nicht lange herumzuschlagen. Kein denkender  
Mensch wird die qualvolle Züchtungsstrafe als eine Straftat  
für den Verbrecher bezeichnen wollen und viel weniger wird es  
der letztere selber tun. Die Vergeltungstheorie hat  
auch in unseren Kreisen Anhänger. Die Tatsachen sprechen in-  
dessen, daß von einer Besserung keine Rede sein kann. Unsere  
heutigen Strafanstalten züchten geradezu die Verbrecher. Wenn  
unsere Strafanstalten richtig ausgestaltet wären, daß den Ge-  
fangenen, den Verbrechern systematische Bildung zuteil würde,  
wenn für gute Behandlung und ausreichendes Essen gesorgt  
würde, dann könnte eine Besserung vielleicht möglich sein. Die  
Gefängnisstrafe aber unter den heutigen Verhältnissen wirkt  
fast ausschließlich auf den Menschen ein. An Beispielen zeigt Redner,  
daß und wie häufig Menschen absichtlich zum Beispiel eine Ma-  
jestätsbeleidigung oder ein anderes „Verbrechen“ begehen, um  
ins Gefängnis zu kommen. Die graumilde Not zwingt viele  
Menschen dazu und sie glauben sogar, daß ihnen das Gefäng-  
nis ein gutes Obdach bietet. Nunmehr freist der Referent die  
Vergeltungstheorie. Man sagt, daß, wer sich als  
Anbänger dieser Theorie, konservativ und reaktionär sei. Man

denkt dabei unwillkürlich an den Anstalts-Direktor, der mit der  
Vergeltungstheorie die Verbrecher hinstellt. Er, Redner, ist kein  
Anbänger dieser Vergeltungstheorie, sondern vielmehr der Ver-  
geltungstheorie. Schon der frühere bayerische Justizminister  
Klein von Nernbach, der im Jahre 1818 ein neues Strafgesetzbuch  
herausgab, erkannte an, daß der Mensch unfrei ist, aber erst nach der  
Strafe haben. Die bürgerliche Gesellschaft, in der wir das Un-  
glück haben, zu leben, braucht derartige Strafbestimmungen.  
Wenn es geklärt wäre, zu stehen, dann würden diese Regeln,  
die es heute nicht tun. Die Gesellschaftsordnung aber, die auf  
dem Privatigentum basiert, ist genötigt, das Privatigentum zu  
schützen. Das geschieht innerhalb dieser Gesellschaft am besten  
durch die Androhung von Strafe. Diese Androhungstheorie kann  
man nicht ganz abschaffen. In welcher Weise soll nun die  
Strafe vorgenommen werden? Die Anhänger der bürgerlichen  
Gesellschaftsordnung sagen, daß die Strafe nicht arcaismus genug  
sein kann. Die Leute begehen die Verbrechen, weil sie hoffen,  
nicht abgefaßt zu werden. Redner glaubt, daß die Polizei in  
genügender Weise nötig ist, wenn auch nicht in den Fällen, wo  
zum Beispiel sechs Vollzettel eine sozialdemokratische Veram-  
mlung überwachen. (Bravo!) Bei der ganzen zur Entscheidung  
stehenden Frage der Art der Bestrafung muß man auf den fran-  
zösischen Schriftsteller Montesquieu zurückgreifen, der die  
Proportionalitätstheorie aufgestellt hat, nach der je nach der  
Schwere des Verbrechens bestraft werden soll. Theoretisch  
erkennt diese Lehre wohl jeder an. Der Kampf um das Straf-  
recht muß so geführt werden, daß eine ganze Reihe von Be-  
stimmungen des bestehenden Strafgesetzbuchs ausgemerzt werden  
müssen, diejenigen besonders, welche den Kapitalismus erhalten  
und den Aufstieg der Arbeiterklasse hindern wollen. In satir-  
scher Weise, oft von lebhafter Zustimmung unterbrochen, zitiert  
Redner unter anderem den Majestätsbeleidigungsparagrafen,  
der nur noch als Unikum gelten kann, den Majestätsbeleidigungs-  
paragrafen, der verächtlich ist und mit dem Unfug getrieben  
würde. Ähnlich verhält es sich mit den Paragrafen, die sich  
auf die Beschimpfung der christlichen Kirchen beziehen. Wenn  
ich mich, so sagt Redner, vor dem Gericht zu verantworten  
hätte, dann war es Reiz mein sehnlichster Wunsch, die Verren-  
nungen des Strafgesetzbuchs, welche von der Aufrechterhaltung  
des Strafrechts, welche von der Aufrechterhaltung zum Klassen-  
kampf, der Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen, der for-  
malen Beleidigung handeln, müssen gleichfalls beseitigt werden.  
Bezüglich des letzten Punktes betont Redner, daß es keinen  
Sinn hat, Schimpfwörter zu bestrafen. Wer aber aus ethischer  
Ueberzeugung heraus eine „Beleidigung“ ausstößt, der sollte erst  
recht bestraft werden. Wenn ein Sozialdemokrat einmal  
eine Beleidigungsfrage anhängig macht, dann bekommt er viel-  
fach kein Recht. In einem bestimmten Falle wollte ein Sozial-  
demokrat einen Anwalt wegen Beleidigung verklagen. Die  
Behörde aber erhob den Kompetenzkonflikt und kein Gericht war  
ausfindig zu machen, um die Beleidigung zu bestrafen. Wenn  
noch § 186 des Strafgesetzbuchs nicht der vorkäme, die  
Beleidigung der behaupteten Tatsachen geführt werden kann, dann  
tritt Bestrafung ein, mögen sie auch in zahlreichen Einzelfällen  
festgestellt sein. Anstelle dieser Beleidigungsparagrafen muß  
das schiedsrichterliche Verfahren eingeführt  
werden, wo der unterlegene Teil nur die Kosten zu zahlen  
hat. Die Bestrafung der Armut bildet ein besonders  
kapitel in unserer Strafrechtspflege. Niemand wird geschädigt,  
wenn jemand das Mittel seiner Mitleidenschaft anruft, trotzdem  
wird die „Petticoat“ bestraft. Wegen Arbeitslosigkeit müssen viele  
Menschen betteln gehen, aber die bürgerliche Gesellschaft will  
dagegen geküßt sein: „Hmeim ins Armenhaus, hmeim ins  
Gefängnis!“ Dem Handwerker ergeht es ebenso. Wenn je-  
mand kein Obdach hat, so muß er betteln, daß er seines  
Lohnes keine und dabei sollte es umgekehrt die Aufgabe der  
bürgerlichen Gesellschaft sein, für Obdach zu sorgen. (Sehr  
rühmend!) Die Bestrafungen auf dem Gebiete des Geschlechts-  
lebens, zum Beispiel der Ehebruch, gehören nicht ins Straf-  
gesetzbuch, wie an Beispielen dargelegt wird. In den herrschen-  
den Klassen kommt der Ehebruch mindestens ebenso häufig vor  
und in den Familien von Gottes Gnade hat schon manchmal  
ein taatkräftiger Kammerdiener dafür gesorgt, daß das Königs-  
liche Geschlecht nicht ausstirbt. (Lächerlich und Beifall.) Der  
§ 175 des Strafgesetzbuchs bestraft Menschen, die mit ihren  
eigenen Geschlechtsgegnossen verkehren. Und doch geht es nie-  
manden etwas an. Die Berliner Polizei läßt Visten, auf der  
auch Leute aus den „höheren Schichten“ stehen. Wenn ein  
Gruppe straflos ausging, dann sollte man auch nicht andere  
Leute, die dasselbe tun, bestrafen. Dasselbe ist zu fordern von  
den §§ 218-220 (Abtreibung der Leibesfrucht). Wie diese  
Bestimmung oft ausgesetzt worden ist, ist horrend. Ein Fall hat  
sich ereignet, wo ein Mädchen verurteilt ist, weil sie den Ver-  
such der Abtreibung gemacht hat, trotzdem festgestellt wurde, daß  
es mit unzulänglichen Mitteln am untauglichen Objekt ge-  
schehen ist. Mit dem Zuchthaus-Paragrafen ist nichts erreicht  
worden. Die Bestrafung der gewerkschaftlichen Inaktivität bietet  
keinen Nutzen. Die staatliche Justiz ist wertlos. Es handelt  
sich hier um Opfer der bürgerlichen Gesellschaft. Auch läßt sich  
auf dem Gebiete etwas Gutes erreichen durch eine Gesun-  
heits-Politik.

Wir müssen vor allen Dingen die Willkür der  
Strafen eintreten. Die Todesstrafe ist eine Barbarei.  
Diese muß ebenso wie die lebenslange Zuchthausstrafe abge-  
schafft werden. Selbst 15. 20 Jahre Zuchthaus müssen einen  
Menschen gedrohen machen. Wir müssen uns aber der  
Verbrecher annehmen. Die Zuchthäuser erfüllen nur für  
die, die unter 100.000 Mark Einkommen haben. Betrügerische  
Kommerzienräte werden in Alleen untergebracht. (Sehr rühmend!)  
Die Arbeiterfrau, welche im Warenhaus eine Kleinigkeit kauft,  
wird mit Gefängnis bestraft, die Frau aus „besseren“ Kreisen,  
welche dasselbe tut, selbst an „Mephistomant“. Eine Barbarei  
ist es ferner, den Meineid auf jeden Fall mit Zuchthaus zu  
bestrafen. Der Einbruchsdiebstahl wird mit der harten Strafe  
von mindestens drei Monaten Gefängnis belegt. Wer also aus  
einem Eisenbahnwagen einige Kohlen stiehlt, bekommt diese  
Strafe mindestens. Das Kohlenhandels darf aber die preussische  
Eisenbahnverwaltung um Millionen betragen, ohne bestraft zu  
werden. (Lebhafter Beifall.) Zum Schluss beschließt sich Mark-  
wald mit dem Strafbolizug bei eisenbahnlichen Verbrechen.  
Im Gefängnis lernte er einen 19-jährigen Menschen kennen, aut-  
mühtig aussehend. Er war geküßt worden und hatte dann  
mit einer Verlesung gekämpft. Er mußte dafür 9 Monate  
Gefängnis verbüßen. Beschäftigt wurde er mit Schuhenagen,  
täglich 10 Stunden! Sonntags bekam er ein Erbauungs-  
Büchlein! Wenn wir auch nicht verlangen, daß man den Ge-  
fangenen das Erlernen Programms einbändigt, so müsse es doch  
ein Standat genannt werden, daß unsere klassischen Richter in  
den Gefängnissen fehlten. Die Einzelhaft, die schlechte Behand-  
lung und Nahrung müsse den Gefangenen körperlich, seelisch und  
geistig zu Grunde richten oder zum Verbrecher machen. Der  
Spruch treffe zu:

„Ihr laßt den Namen schuldig werden,  
Dann überläßt Ihr ihn der Pein;  
Denn alle Schuld rächt sich auf Erden.“  
(Lebhafter Beifall.)

Die sozialistische Gesellschaft wird ja erst mit all diesen  
sachlichen Zuständen ausräumen, aber auch die bürgerliche Ge-  
sellschaft kann zur Milderung derselben beitragen, durch Beseiti-  
gung der Böse auf die wichtigsten Lebensmittel, gründliche  
Sozialreform, Hebung der Volksschule und ähnliche Dinge.

Nach dem mit stürmischem Beifall aufgenommenen Vor-  
trag nahm, da sich Diskussionsredner nicht gemeldet, der  
Vorsitzende, Genosse Albert, das Schlusswort, indem er  
hervorhob, daß die Versammlung eine wirkungsvolle De-  
monstration gegen die Klassenjustiz in Deutschland sein solle.  
Unter lebhaften Entrüstungsrufen erwähnte er den an anderer  
Stelle ausführlich dargestellten letzten Prozeß gegen die

„Volkswacht“ und forderte auf, für diese mit allem Eifer  
weiter tätig zu sein. Für jede Mark Geldstrafe müßten  
10 neue Abonnenten gewonnen werden. Auch der Eintritt  
in den Sozialdemokratischen Verein müßte in Massen  
erfolgen.

Mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie  
wurde dann die Versammlung geschlossen.

#### Ein gutes Beispiel!

Was in unserer „Volkswacht“-Agitation noch zu er-  
reichen ist, hat Genosse Kaufher am vergangenen Sonn-  
tag bewiesen. Er warb in vier Häusern der Scheiniger  
Vorstadt 22 neue Abonnenten. Das ist eines der besten  
Ergebnisse, die unsere Agitation bisher zu verzeichnen hat, es  
zeigt aber auch, wieviel fruchtbarer Boden für unsere Agi-  
tation noch vorhanden ist.

Der Human-Religionsunterricht soll durch Privat-  
unterricht ersetzt werden. Dieses Thema behandelte Prediger  
T. H. von des freien Religionsgemeinde in seinem diesjährigen  
Vortragsvortrag im Gewerkschaftshaus.

Gegenwärtig geht ein tiefer Konflikt durch unser ganzes Geistes-  
leben, ein Konflikt zwischen früherer Weltanschauung und derjenigen,  
die aus den modernen Forschungen hervorgegangen ist. Sowohl die  
frühere Weltanschauung als die neuere erstreckt sich auf die freien  
Gemeinden, deren Arbeit dahin gerichtet ist, über die verschiedenen  
Widersprüche hinwegzukommen. In welchem Maße in den evan-  
gelischen Religionsgemeinden der Konflikt zwischen den verschiedenen  
Anschauungen vorhanden ist, zeigen die Aufeinanderstöße zwischen  
freier gestimmten Geistlichen und den Behörden auf den verschiedenen  
Provinzial-Ebenen der letzten Zeit. Im freien Bremen hat dieser  
Konflikt bereits weitere Kreise gezogen. Dort, wo keine Kirchen-  
behörde die Gemeinden bevorzugen, sehen wir Geistliche, die die  
Kinder nicht mehr im Namen einer Dreieinigkeit taufen wollen, und  
Lehrer die für die Vereinfachung des Religionsunterrichts aus der  
Schule eintreten. Die sozialdemokratische Arbeiterpartei befindet  
sich bezüglich ihrer Stellung zur Kirche gleichfalls in einem inneren  
Konflikt und nimmt man zu ihr die verschiedenartigsten Standpunkte  
ein. Ein Teil der Arbeiter glaubt, daß man die Kirche von innen  
heraus reformieren müsse, indem man sich an den Kirchenvätern be-  
teilige. In der Kirche ist aber neben dem Dogmenglauben ins-  
besondere eine freigeistliche Kindererziehung nicht möglich. Diese  
Doamen, über die die Gelehrten bereits ihre Kritik und ihren Spott  
ausgesprochen haben, sind drei gleich eins sein soll, bilden einen  
Bestand der Kirche, dem auch die liberalen Theologen nicht beharr-  
lich genug entgegenzutreten wagen. In Bremen erhoben die Lehrer  
beinahe einstimmig die Forderung, den Religionsunterricht aus der  
Schule zu beseitigen, obwohl dieser Unterricht gegenüber dem in  
Preußen noch den Vorrang hat, daß der Katechismus aus-  
geschaltet ist und der Unterricht lediglich auf Grund der bibli-  
schen Geschichte und der Kirchengeschichte erfolgt. Sollte da  
nicht jedem Vater und jeder Mutter die Ueberzeugung aufliegen,  
daß der Religionsunterricht in der Schule einen unhaltbaren Zustand  
herstellt. Redner zitiert eine Menge von Stimmen aus  
den Kreisen der Lehrer und freigeistlich gestimmten Geistlichen  
zu dieser Frage. Indem man den Kindern Marabische  
und bedenkliche und sonstige Weisheit einpaukt, verfehlt man ihnen  
die Religion überhaupt. Für einen aufgeweckten Knaben kann es  
nicht langweiligeres geben, als den Luther'schen Katechismus usw.  
Neben enthält die Bibel Schilderungen über die Tugenden Gottes,  
die aber alles andere als Musterbilder für Kinder sind, s. A. Jakob,  
der seinen Vater und seinen Bruder betrog, oder David, den Gott  
zum König machen will, weil sein Vorgänger Saul zu milde gegen  
einen feindseligen König gemessen war. Mit Ernst wird den Kindern,  
und nicht nur den Kindern, die Geschichte von der Arche Noah auf-  
gelesen, die mehr Tiere in sich aufnahm als irgend ein zoologischer  
Garten der Welt, und die, wenn die Geschichte an sich wahr wäre,  
nur in einem Garten von der Größe der Provinz Hannover Platz  
haben würde. Dies zu befragen ist der Instanz an naturwissenschaft-  
licher und bürgerlicher Bildung, den ein solcher Unterricht erzeugt.  
Die Bremer Lehrer sind der Ansicht, daß in der Mittel-  
und Unterstufe auch ein Sittenunterricht noch nicht erteilt  
werden soll. Im Anschluß an Festsätze aus den besten  
Werken der Welt sollen die Kinder allmählich für  
einen systematischen Sittenunterricht vorbereitet werden, der  
ihnen in den letzten Jahren nebst einer re-  
ligiösa Geschichte und Ueberlieferung gegeben werden soll.  
Anstatt der Religion soll den Kindern eine Rechts- und Verfassungs-  
lehre gelehrt werden, die man heute nicht einmal den Kindern  
höherer Schulen mit auf den Weg gibt. Die Naturwissenschaften  
sind seit 20 Jahren die wichtigste Verfassung und die 12 Tafelgesetze der  
alten Römer sehr genau, bloß von der Verfassung des deutschen  
Reiches und von unserem eigenen Recht verstehen sie nichts. Wenn  
keine jeder einzelne dem Staat mit seiner Person haften muß, für  
alle seine Handlungen, so hat der Staat doch umgekehrt die Pflicht,  
alle seine Glieder darüber aufzuklären, daß er, der Staat, überhaupt  
da ist, und darüber, was er gibt und fordert. Er kann dies auch,  
da er ja die Schule in der Hand hat. Aber der Staat tritt  
mit seinen Interessen zurück hinter die Kirche. Er  
läßt den Kindern erzählen von Palästina und der Verapredigt  
daß man die meiste Bude hinhalten soll, wenn man eine Oberstufe  
bekommen hat, daß man den Tod auch hingeben soll, wenn einem  
der Mantel genommen wird, alles Dinge, die mit dem praktischen  
Leben nichts zu tun haben und die nur zeigen, wie sehr das Staats-  
fiktivum der Verantw. im Wege steht. Die Kinder spüren  
die unheilvollen Widersprüche, denen man sie über-  
liefert hat, mindestens, sobald sie die Schule  
verlassen haben. Die Religion wird beiseite getan, ohne daß man  
sich anderen Idealen zuwendet, und so steht denn die Jugend, die  
Ideale braucht, da ohne jeden Halt. Aus autoritärem Munde  
hören wir das Wort „Preußen in Deutschland voran, Deutschland  
in der Welt voran.“ Man hält es demnach kaum für möglich, daß  
bei uns katholisch Trunpft ist, und daß ein reaktionäres Schulgesetz  
immer nur durch ein gleiches oder noch reaktionärer abgelöst werden  
kann. In Frankreich und Holland ist der Religionsunterricht offiziell  
aus der Schule beseitigt. In einer ganzen Anzahl anderer  
Staaten besteht er zur noch fakultativ, nicht gezwungen,  
in Preußen haben wir alle Mühe und Not, daß nur die  
Dissidenten- und vom Religionsunterricht verschont bleiben. Da  
wird das Vorgehen der Bremer Lehrer sehr erfreulich. Eltern, die  
samt ihre Kinder teuer besitzen und bewachen vom ersten Schritt an  
und für sie sorgen und sich mühen, um ordentliche Menschen aus  
ihnen zu machen, ihnen kann es nicht gleichgültig sein, was man in  
der Schule aus ihren Kindern macht, ob man sie zu freien und ehr-  
lichen Menschen erzieht, oder ob man ihnen dort Geist und Cha-  
rakter verdirbt, indem man sie in Unwahrheiten und Widersprüche  
verwickelt. Leider haben die politischen Parteien die religiösen  
Frage viel zu sehr beiseite gelassen. Zwar hat der preussische  
Parteitag der Sozialdemokratie die Schulfrage angeknüpft und  
diese wurde wohl nur auch nicht mehr von der Tagesordnung dieser  
Partei verschwinden, aber längst hätten die Arbeiter für den Pro-  
grammpunkt ihrer Partei, daß Religion Privatfache sein soll, größeres  
Interesse zeigen sollen und ihre Kinder nicht demselben Geißel-  
stock überliefern dürfen, von dem sie sich mit Mühe freigemacht haben.  
Es ist widerständig kleine und unwillige Kinder einer bestimmten  
Religion zuzuteilen, genau so wie es widersinnig wäre, sie einer be-  
stimmten Partei zuzurechnen, ja es ist noch widersinniger. Vom Post-  
tarif, ob das Brot oder der Bauer billiger oder teurer werden soll  
und es mehr oder weniger zu essen bekommen kann, ver-  
steht ein zweiähriges Kind sicher mehr, als darüber, ob Gott  
dreieinig ist oder nicht, ob Maria eine Jungfrau war oder nicht usw.  
Man verläßt sich in religiösen Dingen doch nicht darauf, was die  
Parteien eventuell erreichen, wo man es täglich in der Hand hat, der  
Kirche Ab zu sagen. Wenn auf diese Weise ein paar hundert



laufend Kinder der Kirche entzogen werden, so hat dies mehr Einfluss auf die Entziehung der Religion aus der Schule als alle Reden und wohlmeinenden Absichten von Pädagogen, Philosophen und Politikern. Die Zukunft des Volkes ist weniger vom Willen einiger Herrschenden abhängig, als davon, was aus Millionen von Familien für eine Generation hervorwächst. Stellen wir deshalb der Kirche eine Gegenorganisation aus dem Volke, die freien Gemeinden, gegenüber und so gut wie dadurch für die Rechte und die Erziehung der Jugend.

Vor Beginn des Vortrages hatte sich diesmal ein Gegner, Herr Gerhard, seines Zeichens Baugewerker und Mitglied des christlichen Vereins junger Männer, zur Diskussion zum Wort gemeldet. Der Herr zeigte sich sehr fromm, ohne sich aber auf einen Meinungskampf einzulassen. Ein ebenfalls junger Gegner des Vortragenden war er nicht, weshalb wir es uns sparen können, seine Ausführungen wiederzugeben. Aus dem gleichen Grunde kann auch die Erwiderung von Prediger Tschirn nicht fortbleiben, da der Diskussionsredner nur allzu leicht zu widerlegen war.

Vermerkt wird ferner dem 19. d. Mts. die neuntehrige Marie Lieber, welche in einem diesiger Feint als Fleischergehilfin untergebracht war.

Gefahren wurde einer Frau von der Altkirche vor einem Schaufenster auf der Döblerstraße aus einem Handtäschchen in der Vorkammergegend ein Geldstück entnommen. Der Täter wurde am 19. d. Mts. durch einen Schneider von der Alexanderstraße ein gefesselt.

Unfall. Ein zehn Jahre alter Knabe wurde am 20. d. Mts. auf der Neuschloßstraße durch einen Lastwagen überfahren und leicht verletzt.

Auch ein Bohrer. Vor der diesigen Strafkammer hatte sich gestern der Arbeiter Karl Krümmert aus Karolow wegen Diebstahls zu verantworten, weil er einen Fuhrwerksbesitzer von der Matthiasstraße die vom am Wagen zum Anspannen der Pferde hingehende Wage wegenommen hatte. Der Angeklagte gibt an, er habe dies getan nicht etwa, um sich die Wage dauernd anzueignen, oder sonstwie für sich zu verwenden, sondern er habe sie gewissermaßen als Pfand weggenommen. Am 10. d. Mts. wurde er zur Zahlung einer Restschuld von 1.50 Mark zu zwingen, die ihm noch aussteht. Die Beweisaufnahme ergab, daß der Angeklagte dem Fuhrwerksbesitzer mit Regelfahrten beschäftigt gewesen war und eines Tages nicht mehr zur Arbeit kam. Der Besitzer soll dem Arbeiter nichts mehr schuldig sein, sondern ihm den zu fordernden Lohn vollständig gezahlt haben. Festgestellt wurde aber, daß der Arbeiter den Fuhrwerksbesitzer in einer Kneipe gemahnt und als dieser das Geld verweigerte, gesagt hätte, er werde sich „rächen.“ Zu anderen Gästen hatte er sich dahin ausgesprochen, daß er nun die Wage wegnehmen werde. Der Sohn des Fuhrwerksbesitzers war ihm schließlich nachgerannt und hatte die Wunde mit vieler Mühe wieder zurechtgerichtet. Der Staatsanwalt kam nach dem Erhebungs der Beweisaufnahme selbst zu der Annahme, daß ein Diebstahl nicht beabsichtigt war und beantragte Freisprechung. Das Gericht schloß sich diesem Antrage an.

### Aus Schlesien und Polen.

#### Der wilde Streik in Oberschlesien

Wird, wie alle wilden Streiks, resultatlos verlaufen; besonders weil Leute, die sich die Arbeiterverbrüderung zum Beruf erwählt haben, selbst während des Kampfes ihre Hände davon nicht lassen können. Dem Nationalhelden Korfanth wollte das nicht in sein Geschäft, daß wir die erste Streik-Versammlung als Sachleute arrangiert haben, und für den Donnerstag gleich noch weitere drei Versammlungen der Streikenden zu beauftragen machten. Er glaubte die Gelegenheit wahrzunehmen zu können, um den an Schwindeln leidenden „christlichen Verband der gegenseitigen Hilfe“ wieder etwas Lebensgeist einzuföhren. Diese Arbeitervertreter hielten es bei dem Streik für das Notwendigste, gegen die Sozialdemokraten ein Flugblatt herauszugeben. Um die Leute von unseren Versammlungen abzuhalten, wurde zu derselben Zeit in dem galizischen Grenzort Jenzor eine Versammlung sämtlicher Streikenden einberufen, die von preussischen Gendarmen verhindert wurde. Wenn auch die Versammlung nicht zu Stande kam, so wurde doch der Zweck erreicht, die Leute von der „roten Gefahr“ gerettet. Zu derselben Zeit hielt in Myslowitz der Gewerksverein eine Delegatens-Versammlung der „Myslowitz-Grube“ ab. Um die Leute vor der „roten und polnischen Gefahr“ zu behüten, toleriert man hier allseitig die „Rote“, so daß ihnen, im Gegensatz zu uns, jedes Sozial zur Verfügung steht. Dafür erweisen sie sich äußerst patriotisch und loyal.

Trotz der eifrigen, allseitigen Arbeit ist der Streik doch nur ein wilder und beginnt abzusinken auf sämtlichen Schächten der „Gieschgrube“ einerseits, während er seit Mittwoch den 15. sich auf die „Myslowitz“, „Neu-Przemsa“, und „Karlshagen“-Gruben andererseits, weiter ausgebreitet hat. Es streiken ungefähr zwei Drittel der Belegschaften der letztgenannten drei Gruben, die zusammen 3000 Mann beschäftigen. Wenn die Leute noch einige Tage aushalten würden, so müßte die Verwaltung eine Lohnerhöhung betreiben, denn dazu ist sie in der Lage. Die durchschnittlichen Löhne betragen z. B. auf der „Myslowitzgrube“ für Säuer 4.15, für Schlepfer 1. Al. 2.65, Schöpfer 2. Al. 2.05, für männliche Arbeiter über Tage 2 Mts. für Zimmerhauer und Umschläger 3.35 Mts. Im Jahre 1904 zahlte die Grube für 622,980 verarbeitete Arbeitstage 2,016,442 Mark. Für verkaufte Steinkohlen löste die Grube in demselben Jahre 6,123,916 Mts. — pro Tonne durchschnittlich 9.48 Mts. einnehmend. Im laufenden Jahre hat sich das Kohlengeschäft noch verbessert, während die Löhne nach Angabe der Arbeiter gefallen sind. So ähnlich wie auf Myslowitzgrube ist das Verhältnis auf vielen anderen ober-schlesischen Gruben. Daraus ist zu ersehen, daß die minimalen Forderungen durchaus berechtigt und erfüllbar sind. Leider fehlt es an der Organisation, die nur allein im Stande wäre, die Forderungen durchzubringen. Auf den Gruben „Giesche“ und „Czefas“, die der Gesellschaft Georg von Giesche's Erben in Breslau gehören, hat man den Arbeitern, die nicht streiken werden, eine schöne Weihnachtsgeschenkung versprochen; und wegen der Fleischverwertung Bücher herausgegeben, auf Grund dieser sie das Fleisch gegen Barzahlung 20 Pfennige pro Pfund billiger erhalten, die dann die Grube dem Fleischer erstreckt. Weil aber jetzt viele Arbeiter gar kein Fleisch kaufen können, die wenigsten aber gegen Barzahlung, so hat die ganze Einrichtung nur den Zweck, daß die ganze reaktionäre Presse einen Lobgesang auf diese „Wohltat“ der Unternehmer anstimmt, für die ärmsten Arbeiter aber hat sie gar keinen Zweck. Deshalb wollen viele Arbeiter diese „Wohltat“ mit Entrüstung zurück, wofür einer schon auf dem „Myslowitzschächte“ sofort die Wähler erhielt.

Wie wir gestern erfuhr, ist die in unserer Versammlung am Dienstag beauftragte Streikkommission bei der Gruben-Verwaltung noch nicht vorstellig gewesen. Auf unsere Anfrage, warum sie den Beschluß der Belegschaft nicht ausführen, wenn sie die Wahl angenommen haben, erklärten zwei davon: „Wir wollen warten, bis die Verwaltung nach uns schickt.“ Die ganze Streikkommission bestand aus unorganisierten Korfanth-Anhängern und Mitgliedern der „gegenseitigen Hilfe“. Die Belegschaft ist ratlos umher und sieht auf der Wilschleifengrube 180 Mann davon schon zur Tagelohn wieder eingetreten. Ein Mitglied von uns sagte mir: Sie hätten sich dem Verbände angeschlossen und wären auch zur Verwaltung gegangen, aber weil an unserer Versammlung gesagt worden ist, daß die vor dem Streik unorganisierten keine Gemahregelten-Unterstützung (wie im Myslowitz Streik im Februar) erhalten, und weil sie wußten, daß die „gegenseitige Hilfe“ gar keine Gemahregelten-Unterstützung im Statut vorgesehen hat, deshalb bekamen sie es mit der Angst und gingen nicht zu der Verwaltung. Das ist kein Wunder; denn Mahregelungen werden nach dem Streik zweifelslos erfolgen. Über die Schuld trifft diejenigen, die es durch ihre wilde Gese gegen den Verband verhinderten, daß sich die Leute orga-

nisierten. Diese Gese gegen uns betrieb niemand mehr, als Korfanth. Bei diesem Streik können sich die Arbeiter besinnen, wenn nach dem Streik die untraglichen Zustände auf den Gruben weiter bestehen, wenn mancher Gemahregelte, an den Gruben abgewiesen, hilflos mit seiner Familie dardem muß. Unsere Mitglieder werden wir unterstützen, aber die anderen können wir nicht unterstützen, sonst sehen sie es nie ein, daß auch sie in die Organisation gehören. Ist uns doch nach dem Myslowitz Streik gesagt worden: Wir brauchen nicht zu Euren Verbänden gehören; wenn gestreift wird, zahlt Ihr ja doch allen aus, die nach dem Streik keine Arbeit finden.

Hoffentlich werden die Leute jetzt eines besseren belehrt und werden sich organisieren, denn es ist nicht der letzte Streik der in Oberschlesien geführt wird, bis die Zustände sich bessern. Vor allen Dingen, ihr ober-schlesischen Bergleute, bedenkt, daß man mit Phrasen des Herrn Korfanth keinen leeren Wagen füllen kann. Und zum Streik brauchen wir nicht den Kampf mit den Sozialisten, sondern Einzeltät in einem starken Verbande, ohne Rücksicht auf politische, religiöse oder nationale Gegensätze. Nur so können wir unser Ziel erreichen, das heißt unsere traurige Lage verbessern. Wer in diesem Sinne mit uns einig ist, der trete ein in unsere Reihen und lasse sich von niemanden irreführen!

#### Mehrere organisierte Bergarbeiter

Aus Myslowitz kommt soeben die Nachricht, daß der Streik auf der Myslowitzgrube beendet ist; damit hätten die letzten Streiks zu Ende sein. Die beiden kleinen Gruben „Neu-Przemsa“ und „Karlshagen“ werden — wenn das noch nicht erfolgt ist — der „Myslowitz“ folgen. Der Streik beschränkte sich also nur auf die in nächster Nähe der Drei-Kaisergrube gelegenen vier Gruben mit zusammen 7250 Mann Belegschaft. Das Resultat muß man erst am nächsten Sonntag absehen, denn selbst wenn die Herren tatsächlich etwas zugestanden hätten, so werden sie es nicht halten, denn es ist schon manchmal was versprochen worden und später nicht erfüllt. Wieder ein Beweis mehr, daß ohne Organisation nichts zu machen ist, auch wenn die Zustände so untraglich sind wie jetzt. Wer es jetzt noch nicht einseht, daß er in die Organisation gehört, dem ist nicht mehr zu helfen.

#### Gesheimbundsprozeß.

Montag Nachmittag wurde die Zeugenvernehmung fortgesetzt. Der Sittensarbeiter Langer erklärte im gebrochenem Deutsch: „Ich habe furchtbar gesauert und kam immer in Poltzelngefallen.“ Da haben mir die anderen gesagt, trete in Verein, nach sechs Wochen mußt du schwören, nicht mehr zu saufen. Das tut mir sehr für dich und Familie.“ Zeuge hat von polnischen Anwälten nichts gehört im Absinentenverein, es wurde mir gesagt und zwar deutsch. Der Zeuge ist zwar nicht lange im „Cleist“-Verein geblieben, doch blieb er 16 Monate lang total abstinent und trinkt jetzt nur noch mäßig und zwar nur Bier.

Dann folgte die Vernehmung einer Anzahl Polizeibeamter und Gendarmen, die bei Hausdurchsuchungen und im Ermittlungsverfahren tätig waren. Da eine Anzahl Angeklagter bei ihrer polizeilichen Vernehmung Aussagen machten, während sie jetzt vor Gericht jede Aussage ablehnen, dann oder auch zwischen den Aussagen mehrerer Zeugen bei ihrer polizeilichen und ihrer jetzigen gerichtlichen Vernehmung sich Widersprüche ergaben, läßt der Vorsitzende die jene polizeilichen Vernehmungen leitenden Beamten vernehmen. Als er diesen Beamten die von ihnen selbst ausgesprochenen Protokolle vorlegen will, zur Freisprechung ihres Gedächtnisses, protestiert dagegen der Verteidiger, Rechtsanwalt Roganski-Gleiwitz. Ein solches Verfahren sei unzulässig, da Zeugen nur frühere gerichtliche Aussagen vorgelesen werden dürften. Das Gericht beschließt jedoch, den Zeugen diese Protokolle vorzulegen, weicher Forderung auf Antrag der Verteidigung protokolliert wird. Längere Zeit braucht die Feststellung gewisser

#### Statisterei polnischer Frauen.

die auch in der Anklagefrist eine Rolle spielen. Gendarm Kupa gibt längere Schilderungen der Vorgänge bei einer Hausdurchsuchung in der Wohnung des Angeklagten Wyla, bei dem sehr „gravierende“ Bilder und Schriftstücke gefunden wurden, und zwar in „Gehelmbüchern“ in Schränken und anderen Möbelstücken. Die Frau Wyla habe ihm, dem Zeugen, während erzählt, ihr Mann habe in der Wohnung oft Zusammenkünfte mit anderen Personen, die unter seiner Leitung tagten und von welchen sie nichts ferngehalten werde. Auf die Frage des Verteidigers, wie Frau Wyla wissen konnte, daß jene Zusammenkünfte von ihrem Manne geleitet wurden, da sie doch denselben nicht beobachten durfte, meint der Zeuge Kupa, das werde die Frau wohl durch die Gestalt der Küche beobachtet haben. Von anderen Leuten hätte er noch erfahren, daß Wyla auch im Freien sogar nächtliche geheime Zusammenkünfte abgehalten habe. Der Verteidiger fragt den Zeugen, worin diese Mitteilungen machte, worauf der Vorsitzende dem Zeugen sagt: „Das wird wohl Umgehensbedürftig sein“, was dieser dann eifrig bestätigt. Der Antrag der Verteidigung, das Gericht möge bei dem Vorliegen des Gendarmen besten Entbindung von der Amtswahrscheinlichkeit beantragen, wird vom Gericht abgelehnt, weil die von Gendarmen geschilderten geheimen Zusammenkünfte nicht Gegenstand der gegenwärtigen Verhandlungen seien.

#### Abdann gibt

#### Polizeirat Wähler

eine eingehende Schilderung der Entwicklung und Bedeutung der polnischen Abstinentenbewegung und ihrer Organisationen in Preußen, Galizien und Rußland-Polen. Mit der vierfachen Enthaltensamkeit verquält sei der Unterrikt von Kindern im polnischen Sinne. Aufgenommen werden nur polnisch-tatolische Personen beider Geschlechter. In Preußen bezw. Oberschlesien werden nach Herrn Wählers Darstellung diese Abstinenten-Organisationen in kleine Gruppen oder Zirkel geteilt. Sobald zehn Teilnehmer oder Mitglieder vorhanden, müsse ein neuer Zirkel gebildet werden. In Oberschlesien sei der jetzt verschwundene Zirkelbesitzer Soltyz der eigentliche Begründer dieser Organisationen. Da diese Zirkel stets geheim lagen, kommt Wähler mit der Anklage zu dem Schluß, daß er sich hauptsächlich um politische Tätigkeit der Mitglieder handelte, und, wie die beschlagnahmte Korrespondenz und Literatur zeige, um Förderung polnischer Bestrebungen, besonders um die Wiederherstellung des früheren polnischen Reiches. Der Forderung der Verteidigung, anzugeben, woher Wählers Behauptungen über die geheime politische Tätigkeit der Abstinentenorganisationen stammen, damit man die Richtigkeit dieser Behauptungen prüfen könne, setzt Herr Wähler die Erklärung entgegen, daß er von seiner vorgelegten Behörde von vornherein zur

#### ni mitverschwiegenheit

in diesen Dingen verpflichtet worden sei! Der Angeklagte, Sittensarbeiter Golly behauptete, daß er nicht wisse, wie er als polnischer Gehelmbündler auf die Anklagebank komme, da er nie an polnischen Vereinen beteiligt sei, sich als guter Deutscher fühle und treu zu Kaiser und Reich halte. Polizeiwachmeister Nlemczyk muß zugeben, daß dieser Golly allerdings nicht der richtige sei, obwohl er, Zeuge, wie ihm der Staatsanwalt verhält, selbst alle die Angaben über die Verbindlichkeit des „Gehelmbündlers“ machte, die auf den jetzt auf der Anklagebank sitzenden Golly genau zutreffen!

Ein großer Teil der Dienstag-Sitzung wurde mit der Prüfung und Erörterung der bei einzelnen Angeklagten beschlagnahmten Schriften, Briefe und anderen Gegenständen ausgefüllt. Ein vom Gericht bestellter Sachverständiger, der Volksschullehrer Noth, gab dazu gutachtliche Erklärungen. In den Sitzungen des polnischen Abstinentenvereins hat der Sachverständige Nationalpolitisch nicht finden können, in dem Rückblick zu den Aussagen diese es dagegen, daß die einzelnen Zirkel monatlich Bericht an das „Zentralinstitut für nationale

Erziehung“ zu erlassen hätten. Über den nach den Bestimmungen der Anklage mit den „Cleist“-Vereinen in engster Verbindung stehenden Orden der „Freiherren der Wilschleife“ macht der Staatsanwalt eingehende Mitteilungen. Demnach ist dieser nationalpolnischen Bestrebungen dienende Orden mit streng geheimnisvollen Regeln ausgestattet. Die „Cleist“-Vereine sind vom Orden angelesen, Beiträge an den „Cleist“-Vereinen zu Morzes (Schwitz) oder an das Seminar der nationalen Erziehung in Krakau (Myslowitz-Unterstadt) abzuführen. Eine Anzahl beschlagnahmter Protokolle über Sitzungen in den „Cleist“-Zirkeln geben Aufschluß über die eigentliche Tätigkeit derselben. Die Namen der teilnehmenden „Cleist“-Vereine sind nur durch Anfangsbuchstaben angedeutet.

Die Sitzungen wurden mit Geheimes eröffnet und geschlossen. Dann wurden Vorträge und Vorlesungen gehalten über „Wahlfahrt“, „Sozialismus“, „Wilschleife“, „polnische Geschichte“ usw. usw., dann wurde Unterricht in der polnischen Sprache, Lesen und Schreiben erteilt und endlich wurden nationalpolnische Lieder gesungen. Es wurden von den Angeklagten Briefe, Zeitschriften und Briefe an die Angeklagten gefunden. Auf dem Gerichtstische lagen auch eine Anzahl Tabakpfeifen, die von Mitgliedern, die das Rauchen abswören, dem Verein geopfert waren, zum Teil mit Inschriften, wie „Ich lege die Pfeife ab, damit Polen wiedergeboren werde.“ Eine Anzahl an Briefen von namhaften polnischen Führern gerichtete Briefe und Karten erweckten nach Ansicht der Anklage die Bedeutung des polnischen Nationalpolitikers. Der Brief des Führers Bogdanoff rief ab von offenen Ausländern, da sie in der heutigen Zeit bei der Stärke der Gegner keinen Erfolg brächten. Der Wiederbau des Vaterlandes müsse mit dem Aufsteigen der Nation ankommen werden. Mit dem Feinde Schritt um Schritt solle um jedes polnische Herz gekämpft werden. Dem Haken des deutschen Drachens müsse man die ober-schlesischen Kinder entreißen, damit das künftige Geschlecht wieder polnisch werde. Immer mehr Zirkel müßten gebildet werden, jeder solle im Jahre fünf neue Anhänger gewinnen usw. Die meisten der hier vorgelesenen Briefe haben schon im letzten polnischen Geheimbundsprozeß als Beweisstücke figuriert, haben jedoch damals die Freisprechung nicht verhindert.

#### Staatsanwalt

Begründet dann in langen Ausführungen, bei welchen er sich im wesentlichen an das schon in der Anklagefrist gesagte hält, die Notwendigkeit, die meisten der Angeklagten zu erheblichen Freiheitsstrafen wegen Geheimbündel nach § 128 und 129 des Strafgesetzbuches zu verurteilen.

Mit aller Entschiedenheit fordern dagegen die fünf Verteidiger die völlige Freisprechung ihrer Klienten. Aus dem Grund, daß man den polnischen Staatsangehörigen in Oberschlesien die Benutzung des auch ihnen von der preussischen Verwaltung garantierten Versammlungsrechtes unmöglich mache, so sammelten sie erörtern, habe sie zu „geheimen“ Versammlungen hindere, ihre Angelegenheiten in polizeilich angemeldeten Versammlungen. Und daraus mache die Anklage mit Hilfe dramatischer volkstümlicher Darstellungsart und aus dem Zusammenhang anderer Stellen aus Büchern, Schriften und Briefen einen staatsgefährlichen Geheimbund. Es sei nicht der geringste juristisch brauchbare Beweis für das Bestehen dieses Geheimbundes erbracht, ebensowenig seien aber Beweise für die subjektive Schuld der einzelnen Angeklagten vorhanden. Wegen die vom Staatsanwalt beantragte Inhaftnahme des Angeklagten Rybarz, wegen den 5 Monate Gefängnis beantragt sind, protestiert die Verteidigung lebhaft, da dieser auf die Zufriedenheit freier Gesellschaft von Krakau hergekommen sei, also lokal handelte, was vom Antrag des Staatsanwalts nicht gesagt werden könne.

#### Das Urteil.

Der Gerichtshof kam nach nur etwa 1/4 stündiger Beratung zu einer Verurteilung von 15 Angeklagten wegen Geheimbündel nach § 128, 129 des Strafgesetzbuches. Es werden verurteilt: Wiest zu 1 Jahr 8 Monat, Jalesny und Wyla zu 8 Monaten, Rybarz zu 6 Monaten, Krikel, Panber und Cieski zu 1 Monaten, Klose, Wrobel, Gwolski, Mandzil, Stawarski und Plechawski zu 3 Monaten, Wyszyla und Tanceta zu 1 Monat Gefängnis. Sechs Angeklagte, darunter die drei Mädchen und der 16jährige Lehrling Nuhnert, werden wegen Uebertretung des preussischen Vereinsgesetzes zu 15 bis 20 Mark Geldstrafe verurteilt und endlich Czaf, Golin, Schenbiellory und Kozmarczy freigesprochen.

Begründend führt der Vorsitzende zu diesem Urteil aus, daß das Bestehen einer geheimen Verbindung nach § 128 des Strafgesetzbuches tatsächlich festgestellt sei. Es käme aber auch der schärfere § 129 in Anwendung, da als Zweck der Verbindung einmal die Entkräftung von Verwaltungsmaßnahmen festgestellt sei. Solche Maßnahmen habe die staatliche Verwaltung in Preußen getroffen, um in allen Untertanen (!) die

#### Freie zum Vaterlande

und zur deutschen Kultur großzuziehen und darauf hinzuwirken, daß sich nicht zweiwelt Nationalitäten bilden sollten, sondern alle sich als Angehörige eines Ganzen fühlen. Diese Maßregeln suchte die geheime Verbindung zu untergraben, ebenso aber habe sie auch die Volkshaltung von Gesetzen zu verkräften gesucht, indem in ihren Bestrebungen der Gedanke in den Vordergrund trat, durch einen späteren Zustand die Grenzen Preußens zu verändern und ein Vorkriegs zu gründen. Solche Bestrebungen sind verboten, wenn sie durch ungesetzliche Mittel betrieben werden, wie es hier durch Abhaltung nicht angemeldeter Versammlungen geschehen ist. Ober-schlesien sei immer deutsch gewesen und erst durch eine von außen herübergetragene Agitation verkehrt. Deshalb sind solche Bestrebungen hier schwerer zu bestrafen, wie anderswo.

Das Gericht beschloß ferner die sofortige Verhaftung des Wyla und des Rybarz wegen Aufruhr nach § 129. Nach der Strafverurteilung konnte Rybarz nur freies Geleit gewährt werden, sofern es sich um seine Verurteilung zu einer Geldstrafe handelte.

Wie wenig diese harte Verurteilung zu einer Verminderung der polnischen Bewegung in Oberschlesien führt, wird sich zeigen. Wir Sozialdemokraten wissen am besten — und Polizei und Gericht könnten es auch wissen — daß solche Geheimbundsprozesse nur Märtyrer schaffen und eine geistige Bewegung nicht schwächen, sondern sehr stärken.

#### Kampf gegen die Polen.

Gegen das Mitglied des Herrenhauses von Koscielski, den Reichstagsabgeordneten Chrzanozski und andere Polen hat der Oberste Staatsanwalt ein Strafverfahren wegen angeblicher Uebertretung des Vereinsgesetzes eingeleitet, weil Herr v. Koscielski, nachdem das Solokoff in Moskau verboten worden war, die in- und ausländischen Solokoff eingeladen hatte, worin die Behörde die Abhaltung eines verdorbenen Solokoffes erblieft.

Reife, 23. November. Ein Zweifler in der. Am vorletzten Sonntag während der Predigt in der katholischen Pfarrkirche rief plötzlich ein etwa 15-jähriger Mann dem Prediger auf der Kanzel zu: „Euer Hochwürden, ist denn das alles wahr, was Sie jetzt gesagt haben? Diese Worte riefen selbstverständlich große Aufmerksamkeit unter den Gläubigen hervor; wie feststellte, handelt es sich um den Diener eines Hauses einer Privat-„Zrennankalt“, Namens Paul Wenzel, welcher hier seit 8 Tagen hier aufsteht, und an religiösem Wahnsinn leiden soll. Wie die „Reißer Zeitung“ schreibt, bestritt er entschieden, Sozialdemokrat zu sein. Das Verbot wird schon recht haben; Sozialdemokraten geben nur in Verleumdungen mit freier Diskussion.







Die Revolution in Russland.

Revolutionäre Bayern.

Auf dem Bauernkongress in Moskau verlangten die Vertreter der Bauernpartei die Aufstellung des gesamten Staats- und Privatgrundbesitzes unter die Bauern.

Der liberale Zemstwo-Kongress.

Der Zemstwo-Kongress legte die Beratung über die Beziehung zur Regierung und zum Grafen Witte fort.

Der Vertreter von Drel erklärte, er wolle der Regierung ein Vertrauensvotum erteilen, wenn die Ausnahmelegge abgeschafft würden.

Wüst Eugen Trubekoi-Kiew führte aus, wenn der Kongress nicht die Regierung unterstützen werde, werde er den Einbruch hervorrufen.

Ueberrumpelte Gegner.

Die am Montag ausgegebene Nummer 7 der revolutionären Organ des Rates der Arbeitervertreter ist, wie sich herausgestellt hat, in der Druckerei der „Nowoje Wremja“ gedruckt.

Ein polnischer Dichter im Gefängnis.

Unter den Revolutionärschergen, die in den letzten Tagen in Warschau von den Schergen des Zaren in das Gefängnis geschleppt worden sind, befindet sich auch Genosse Perowski.

Genosse Perowski lebte 18 Jahre als Verbannter in Sibirien, und zwar in den unwirtlichsten, rauhesten Gegenden dieses schrecklichen Gräberfeldes aller edlen Geister des Ostens.

Die Zustände in Sosnowitz.

Was Sosnowitz wird der „Mittelalter Zeitung“ geschrieben: Revolution, Verwüstungen, Ausschreitungen und Verhaftungen, das ist, was aus der Verlagsanstalt gedruckt hat.

Die in Warschau üblich läßt sich nach wie vor die Sicherheit der öffentlichen Wege. Ein Arbeiter aus Miska hatte sich heute Vormittag in Minskowitz drei Kammelhörnern angeschlossen.

Die bürgerlichen Polen.

Die in Petersburg weilenden polnischen Abgeordneten beklagen die Erklärung, in der der Standpunkt der polnischen Parteien auseinandergesetzt wird.

Die in Petersburg weilenden polnischen Abgeordneten beklagen die Erklärung, in der der Standpunkt der polnischen Parteien auseinandergesetzt wird.

des Kriegszustandes über Polen begründet, eine Herausforderung Polens darstelle. In Polen seien viel weniger Ausschreitungen vorgekommen, als in Russland.

Wohnrecht für die Juden.

Wie verlautet, hat Witte den Beschluß gefaßt, die Grenzen des jüdischen Ansiedlungsrayons aufzuheben. Den Juden wird freies Wohnrecht in ganz Russland, mit Ausnahme der beiden Residenzen gewährt werden.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 23. November.

Vom Kleinkrieg gegen die „Volkswacht“.

Zu 300 Mark Geldstrafe event. 30 Tagen Gefängnis wurde am Dienstag Genosse Robert Albert von der I. Strafkammer verurteilt.

Vom Kleinkrieg gegen die „Volkswacht“: Zu 300 Mark Geldstrafe event. 30 Tagen Gefängnis wurde am Dienstag Genosse Robert Albert von der I. Strafkammer verurteilt.

Vom Kleinkrieg gegen die „Volkswacht“: Zu 300 Mark Geldstrafe event. 30 Tagen Gefängnis wurde am Dienstag Genosse Robert Albert von der I. Strafkammer verurteilt.

In diesen Vorgang knüpften die betr. Blätter seiner Zeit, um den Leutnant zu kennzeichnen, die Mitteilung, daß der Vater des Leutnants Generalmajor z. D. und Kommandeur der 36. Brigade und sein Vetter der Oberstaatsanwalt in Naumburg sei.

Krankenversicherung der Heimarbeiter.

Wie die „Volkswacht“ bereits mitteilte, ist nunmehr ein Entwurf für ein Ortsstatut betreffend die Krankenversicherung der Hausgewerbetreibenden ausgearbeitet.

Die Anwendung der Vorschriften des § 1 R.-V.-G. wird auf selbständige Gewerbetreibende erstreckt, welche in eigenen Betriebswerkstätten im Auftrage und für Rechnung anderer Gewerbetreibender mit der Herstellung oder Verarbeitung gewerblicher Erzeugnisse beschäftigt werden.

Von dieser Bestimmung sollen ausgenommen sein alle diejenigen, die regelmäßig für eigene Rechnung arbeiten und nur gelegentlich für einen fremden Arbeitgeber; dann diejenigen, die überhaupt nur gelegentlich (etwa zur Aushilfe) beschäftigt sind; ferner solche, die zwar regelmäßig, aber doch nur nebenher und in geringem Umfange als Hausgewerbetreibende fungieren.

Auf die Einzahlung der Beiträge und Einzahlungsgeber der Hausgewerbetreibenden und ihrer versicherungspflichtigen Hilfskonkurrenzen fallen die unmittelbaren Arbeitsgeber der Hausgewerbetreibenden und, falls diese als Familienpersonen die Beschäftigung vermittelt haben, auch diejenigen Gewerbetreibenden, in deren Auftrag die Waren hergestellt oder bearbeitet sind, als Gesamtschuldner.

Das heißt — um ein Beispiel aus der Konfektion zu wählen: In erster Reihe hat der Zwischenmeister die Beiträge zu bezahlen. Weigert er sich, oder ist er außer Stande, dann muß das Konfektionshaus, für das der Zwischenmeister mit einer Arbeiterin tätig ist, bezahlen.

Die Beiträge sind wie auch sonst üblich zu zwei Dritteln von dem Heimarbeiter, zu einem Drittel von dem Arbeitgeber (Zwischenmeister oder Konfektionär) zu tragen.

Ob und an welcher Stelle etwa Änderungen erforderlich sind, müssen die berufenen Krankenkassenvertreter sagen.

Zum Ganleiter des Zimmerer-Verbandes für Oberschlesien ist der Genosse Josef Schwoh aus Breslau ernannt, der seit langen Jahren hier stets in der ersten Reihe in der Zimmerer-Bewegung tätig gewesen ist.

Die Ortskrankenkasse für das Barbiergewerbe hielt kürzlich eine Generalversammlung im Vincenzehaus ab, die sich mit der Abänderung des Statuts, insbesondere mit der Erhöhung der Beiträge beschäftigte.

Der Verein Frauenwohl. Man schreibt uns: Donnerstag, den 23. November, findet wieder ein Diskussionsabend in der Aula des Magdalenen-Gymnasiums statt, an welchem ein sehr wichtiges Thema, die Organisation der Krankenkassen, erörtert werden soll.

„Angriffen“ bloß eine Ungebühr, keine Beleidigung. Der Buchhalter K. Kagle vor dem Kaufmannsgericht gegen die Firma Frensch in u. Koppel, Aktiengesellschaft für Feld- und Ackerbaubedarf, auf Anerkennung, daß sein Dienstverhältnis noch bis Ende Dezember andauere, resp. auf 315 Mark Schadensersatz für 3 1/2 Monate wegen Vertragsbruchs.



